



Parlamentssitzung 22. Juni 2015

Protokoll

Schloss Köniz, Rosstall
19.00 – 22.05 Uhr

Vorsitz Bernhard Zaugg (EVP)

Anwesend

Bernhard Bichsel (FDP)
Adrian Burkhalter (SVP)
Vanda Descombes (SP)
Heidi Eberhard (FDP)
Anton Eder (CVP)
Philippe Guéra (BDP)
Beat Haari (FDP)
Fritz Hänni (SVP)
Erica Kobel-Itten (FDP)
Andreas Lanz (BDP)
Stefan Lehmann (SVP)
Ruedi Lüthi (SP)
Thomas Marti (GLP)
Hans Moser (SVP)

Heinz Nacht (SVP)
Hansueli Pestalozzi (Grüne)
Jan Remund (Grüne)
Mathias Rickli (Grüne)
Christian Roth (SP)
Elisabeth Rügsegger (SVP)
Christoph Salzmann (SP)
Bruno Schmucki (SP)
Hugo Staub (SP)
Stephie Staub-Muheim (SP)
Barbara Thür (GLP)
Werner Thut (SP)
Thomas Verdun (SVP)
Casimir von Arx (GLP)
Markus Willi (SP)
Ulrich Witschi (BDP)

Entschuldigt

Elena Ackermann (JGK)
Annemarie Berlinger-Staub (SP)
Thomas Frey (BDP)
Hermann Gysel (EVP)
Hanspeter Kohler (FDP)

Bernhard Lauper (SVP)
Christoph Nydegger (SVP)
Stephan Rudolf (BDP)
Iris Widmer (Grüne)

Gemeinderat

Ueli Studer (SVP), Gemeindepräsi-
dent
Rita Haudenschild (Grüne), Vizeprä-
sidentin

Thomas Brönnimann (GLP)
Katrin Sedlmayer (SP)
Urs Wilk (FDP)

Sekretärin Verena Remund

Protokoll Ruth Spahr

Inhaltsverzeichnis

1.	Protokoll der Parlamentssitzung vom 26. Mai 2015	149
2.	Kommissionsersatzwahlen.....	149
3.	Rechnung 2014	150
4.	Verwaltungsbericht 2014	155
5.	1501 Postulat (SP Köniz) "Stopp der berufsbildungsfeindlichen Praktikumskultur an Kindertagesstätten in Köniz"	160
6.	1503 Motion (Grüne, GLP, BDP) "Radhauptachse Köniz-Bern- Ostermundigen"	164
7.	1507 Interpellation (BDP Köniz) "Transparenz in Sachen Kommissionen der Gemeinde Köniz"	169
8.	Verschiedenes.....	171

Begrüssung

Parlamentspräsident Bernhard Zaugg: Ich begrüsse alle Anwesenden zur heutigen Parlamentssitzung. Heute haben wiederum drei Parlamentsmitglieder ein Präsent auf ihren Pulten gefunden, die seit der letzten Parlamentssitzung Geburtstag feiern durften. Es sind dies: Vanda Descombes, Werner Thut und Hans Moser. Wir gratulieren herzlich.

Es sind 31 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Bernhard Zaugg: Per 8. Juni 2015 ist folgendes Schreiben bei mir eingetroffen: „Rücktritt Parlament Köniz. Lieber Bernhard, ich trete per Ende Juni 2015 aus dem Könizer Parlament zurück. Während der vergangenen neuneinhalb Jahre durfte ich hier meine politischen Lehrjahre verbringen. Nicht nur ich, sondern auch die Gemeinde und das Parlament Köniz haben sich weiter entwickelt. Vom ungemütlichen Hessgut-Saal, ohne Ratsausflug, Pause und getrenntem Debriefing, zum schönen Rossstall inklusive gemeinsamem Abschluss an der Bar. Der Könizer Rat sei, so hat mir eine Lokaljournalistin letztthin gesagt, auch von aussen gesehen eines der am besten funktionierenden Parlamente in der Region. Respektvoll im Ton untereinander, sich der Arbeitsteilung mit der Exekutive meist bewusst, genügend selbstbewusst ohne übermütig zu sein. Die Debatten waren aber auch hier drinnen nicht immer ideologiefrei und vernunftsbasiert. Auch das gehört zu den Erkenntnissen aus meinen Lehrjahren. Die Arbeit im Rat hat mir aber meist Freude gemacht und ich danke euch allen für die gute Zusammenarbeit. Auf Ende Juni mache ich nun Platz für neue Kräfte, und das ist gut so. Ich werde mich allerdings nicht aus der Politik zurückziehen, sondern mich auch in Zukunft vor allem auf kantonaler Ebene für eine nachhaltigere und gerechtere Gesellschaft einsetzen. Mit freundlichem Gruss, Jan Remund.“

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Jan Remund ist durch und durch Sachpolitiker; fachlich kompetent. Die Voten fielen meist wie eine wissenschaftliche Abhandlung aus, kurz und bündig ohne grosse Ausschmückungen. Er ist eher Naturwissenschaftler als Politiker und gerade deshalb ein guter Politiker. Naturwissenschaftler sind gut für die Politik. Der Einstieg von Jan Remund in die Könizer Politik war spektakulär, sozusagen mit einem Paukenschlag. Kaum war Jan Remund nach Mittelhäusern umgezogen, kandidierte er als Kandidat für das Gemeindepräsidium. Leider verlor er damals knapp gegen Luc Mentha, hauchte mit dieser Aktion jedoch der damals schlafenden GFL (Grüne frei Liste) neues Leben ein. Bald einmal wurde festgestellt, dass zwischen der GFL und dem GB (Grünes Bündnis) keine inhaltlichen Differenzen vorhanden sind, beide waren personalmässig eher knapp besetzt. Jan Remund war auf der Seite GFL die treibende Kraft für die Fusion der beiden Parteien zu den Grünen Köniz. Die Fusion ist gelungen und bald hatten die Grünen Köniz fünf Sitze im Parlament inne, und auch eine Gemeinderätin. Die Fusion war sehr erfolgreich, bewirkte aber auch einen Kollateralschaden: Dieser Kollateralschaden sitzt nun hier vorne als Gemeinderat. Es handelt sich um Gemeinderat Thomas Brönnimann, der wegen der Fusion aus der GFL ausgetreten und in die GLP eingetreten ist und bei deren Gründung treibende Kraft war. Schlussendlich kann festgehalten werden, dass sich der Kollateralschaden zu einem Glücksfall wandelte, weil die Gemeinde Köniz seither zu 40 Prozent von grünen Kräften geleitet wird.

Jan Remund verfügt als Meteorologe über grosse Kompetenzen im Bereich Modellrechnungen. Er kann mit ausgeklügelten Modellen komplexe Wetterlagen modellieren und voraussagen. Die gleiche Methode wendete er jeweils für die Wahlen an. In einer komplexen Parteienlandschaft hat er mit Modellrechnungen und Sensitivitätsanalysen Wahlprognosen erstellt. Dabei hat ihm sein Hintergrund als Windspezialist geholfen, weil er immer wusste, woher der Wind weht. Im Unterschied zu den Wetterprognosen, lag Jan Remund mit seinen Wahlprognosen stets richtig. Mit dem VCS-Hintergrund ist Jan Remund die Verkehrspolitik eine Herzensangelegenheit. Er hat sich sehr für Tram Region Bern eingesetzt, leider aber vergeblich. In einem anderen Bereich der Verkehrspolitik wird Jan Remund jedoch unsterblich bleiben. Wenn wir alle dereinst nicht mehr Parlamentsmitglieder sein werden, wird etwas von ihm zurückbleiben: Er hat den hässlichen, jedoch viel zitierten Begriff „Fleischbremse“ im Könizer Parlament eingeführt, der seither in der Radpolitik wegweisend ist. Zum Glück wird Jan Remund der Politik erhalten bleiben, er steigt einfach eine Ebene höher und als Co-Präsident der Grünen Kanton Bern werden wir sicher hoch viel von ihm hören. Als Abschiedsgeschenk habe ich ein rot-grünes Geschenk in eine blaue Hülle verpackt.

Der rote Inhalt stammt von einem der politischen Kernthemen von Jan Remund, es handelt sich um flüssige Sonne. Gleichzeitig befindet sich ein Gutschein eines Sportgeschäfts drin, der für viele gemeinsame sonnige und parteiübergreifende Skitouren sorgen kann. (*Applaus*)

Parlamentspräsident Bernhard Zaugg: Heute ist ein zweites Rücktrittsschreiben aus Mittelhäusern eingetroffen: „Lieber Parlamentspräsident, liebe Ratsleute, liebes Vreni, nach über 12 Jahren im Könizer Parlament kommt doch einmal die Zeit zum Adieusagen. Hiermit erkläre ich meinen Rücktritt per 1. Juli 2015 aus dem Könizer Parlament. Das Parlament hat mir sehr viel bedeutet und in mir vieles bewegt. Gute Leute habe ich während dieser Zeit kennengelernt, die mir viele Begegnungen und schöne Augenblicke geschenkt haben, leider nicht immer alle meiner Meinung. Herzlichen Dank möchte ich meiner Fraktion aussprechen, hatten wir doch viele sachgerechte, tolle und auch humorvolle Diskussionen geführt. Freude bereitet mir die Verdoppelung der Frauenquote in der zukünftigen SVP-Fraktion. Nun werde ich mich in der frei werdenden Zeit wieder vermehrt meinem Beruf, der Dorfgemeinschaft und den Dorfvereinen widmen können. Euch liebe Ratsleute, möchte ich weiterhin gute Augenblicke, heftige Debatten mit klarem Ausgang für und zum Wohle der Bürger von Köniz. Denkt alle daran: Die Gemeinde Köniz umfasst nicht nur Wabern, Liebefeld, Köniz und Schliern, sondern die Gemeindegrenze geht bis nach Oberulmiz, auf die Zingghöchi, Zopfen, Oberscherli, Grossgschneit, Schwarzwasser, Thörishaus und ins Wangental. In diesem Sinne: Läbit wohl, Hans Moser.“

Stefan Lehmann (SVP): Hans Moser rutschte per 1. Januar 2003, also vor zwölfenhalb Jahren, für den heutigen Gemeindepräsidenten Ueli Studer ins Parlament nach. Er durfte somit vier Legislaturen im Parlament von Köniz verbringen, das zu Beginn noch „Grosser Gemeinderat“ genannt wurde. Viele sind in dieser Zeit gekommen und gegangen. Hans Moser erlebte in seinen Parlamentsjahren drei Gemeindepräsidenten, Henri Huber, Luc Mentha und nun Ueli Studer. Auch den angeblich herrschenden Durchzug in der Aula des Hessgut-Schulhauses, dem früheren Sitzungsort des Parlaments, durfte er miterleben. Hans Moser war Mitglied und später Präsident der Kommission für soziale Fragen, die heute nicht mehr existiert, zur damaligen Zeit jedoch ihre Berechtigung hatte. Hans Moser ist ein sozialer Mensch mit einem feinen Gespür für Ungerechtigkeiten. Er ist aber kein sozialer Mensch in der Theorie, sondern sein Engagement ist praktischer Art, es handelt sich um Taten und nicht um Worte. Als Vater und Pflegevater von jeweils drei Kindern, als Lehrmeister von mehr als 30 Lernenden, als Mensch, der zusammen mit seiner Frau Ruth ein offenes Haus führt, in welchem schon mancher und manche für kürzere oder längere Zeit Gast sein durfte und wieder Halt im Leben gefunden hat. Hans Moser und seine Familie haben ein grosses Herz und ein offenes Ohr für alle. Hans Moser ist aber auch mit Leib und Seele und mit grosser Leidenschaft Landwirt. Das war immer wieder aufgrund seiner Vorstösse im Parlament feststellbar. Als Vorstandsmitglied der SVP Köniz hat sich Hans Moser stark eingebracht. Höhepunkt war sicher der Wahlkampf anlässlich der Gemeindewahlen 2013, die er als Co-Wahlkampfleiter leitete. Mit dem Resultat dieser Wahlen durften wir zufrieden sein.

Die SVP-Fraktion verliert mit Hans Moser ein präsentendes und engagiertes Mitglied. Wir danken Hans für seinen Einsatz für die SVP Köniz im Parlament. Auch für die Parlamentsdelegation aus Mittelhäusern ist sein Rücktritt ein kleiner Wermutstropfen, da es sich heute um den bereits zweiten Rücktritt eines Mitglieds aus dieser Delegation handelt. In Zukunft werden „nur“ noch vier Parlamentsmitglieder das Dorf mit 902 Einwohnenden im Könizer Parlament vertreten. Als Präsident des Ortsvereins Mittelhäusern hat Hans Moser weiterhin Einfluss auf seine Vorstandsmitglieder, die hier im Parlament verbleiben. Die SVP-Fraktion dankt Hans Moser für sein Engagement in Partei und Fraktion über die lange Zeit hinweg. Auch wir überbringen Hans Moser ein Geschenk, von dem wir jedoch nur ein Modell in den Rossstall mitgenommen haben: Wir schenken Hans Moser ein Gummiboot, mit dem er an schönen Sommerabenden auf dem Greyerzersee zusammen mit seiner Frau Ruth rudern kann. Hans Moser geht noch nicht in den Ruhestand, dafür hat er noch zu viel Energie und Tatendrang. Wir dürfen hier auch festhalten, dass er auf der Grossratsliste der SVP zweite Ersatzperson ist. Vielleicht geht die politische Karriere noch weiter. (*Applaus*)

Hans Moser (SVP): Vielen Dank an die SVP-Fraktion für das schöne Geschenk. Gemeinsam mit meiner Schwester hat unsere Familie am Greyerzersee ein Ferienhäuschen, in welchem wir viele Wochenenden verbringen und das Gummiboot wird uns sicher zu vielen schönen Bootsfahrten verhelfen.

Ich habe auf Ihren Tischen Dauerwürstchen verteilt. Die Kreation hat den Namen „Fürtüfeli“. Damit soll nicht symbolisiert werden, dass Sie alle „Fürtüfeli“ sind, sondern es soll sie von innen wärmen, damit sie beim Verzehr vielleicht noch daran denken, dass auch ich einmal Parlamentsmitglied war. Denn ist man einmal weg, ist man schnell vergessen. Die neuen Kräfte werden ihre Arbeit sicher gut machen. Für die Vegetarier unter Ihnen: Sie können das „Fürtüfeli“ essen, da es eine Chiliwurst mit Paprika ist, alles andere ist Beilage ... Es handelt sich um die neueste Kreation in unserem Repertoire. Auf unserem Hof werden, in Zusammenarbeit mit einem Metzger, ca. 10 verschiedene Sorten Würste produziert. (*Applaus*)

Parlamentspräsident Bernhard Zaugg: Ich danke Hans Moser und Jan Remund für ihr Mitprägen im Parlament und hoffe, dass sich ihre Ideen für die nun frei werdende Zeit auch erfüllen werden.

Sie haben von mir die Einladung zum Parlamentsausflug vom 11. September 2015 erhalten. Ich lade Sie in die Weissenstein-Sporthallen ein, damit wir uns dort bewegen können. Wir werden jedoch keinen Spitzensport betreiben, sondern es geht darum, diese neu erstellten Hallen einmal benützen zu können. Anschliessend an die Bewegung wird noch ein gemütlicher Teil stattfinden.

Der Aktenversand für die Unterlagen zur heutigen Sitzung erfolgte am 28. Mai 2015 und am 16. Juni wurden Ihnen mit einem Nachversand das Protokoll der Sitzung vom 26. Mai 2015, eine neue Titelseite zu Traktandum 3, Rechnung, sowie eine Zusammenfassung der Berichte der Verwaltungsbesuche der GPK zugesandt.

Traktandenliste

Parlamentspräsident Bernhard Zaugg: Traktandum 2, Kommissionsersatzwahlen, entfällt, da keine Wahlen vorzunehmen sind.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 26. Mai 2015 (Nachversand)

Thomas Marti (GLP): Ich bitte um Korrektur in meinem Votum auf Seite 135: Der Satz „Was soll der Gemeinderat als Intelligenzgreium dazu sagen?“ wie folgt zu korrigieren Was soll der Gemeinderat als *intelligentes Gremium* dazu sagen?“ Der protokollierte Begriff Intelligenzgreium wäre wohl doch etwas despektierlich. Ausserdem ist der Begriff „Universität Zürich“ durch „ETH Zürich“ zu ersetzen.

Hansueli Pestalozzi (Grüne): In meinem Votum auf Seite 139 folgender Satz: „Eingebaut worden ist ein ACMR8-Belag – 8 steht für 8 cm Körnung – und dieser gehört nicht zu den besten Belägen“ wie folgt zu korrigieren: „Eingebaut worden ist ein ACMR8-Belag – 8 steht für 8 *mm* Körnung – und dieser gehört nicht zu den besten Belägen“. Eine Körnung von 8 cm wäre zu viel.

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 26. Mai 2015 wird genehmigt.

2. Kommissionsersatzwahlen (allfällige Akten: Nachversand)

Da keine Ersatzwahlen durchzuführen sind, entfällt Traktandum 2.

3. Rechnung 2014

Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Parlamentspräsident Bernhard Zaugg: Die Unterlagen zu diesem Traktandum haben Sie mit den Sitzungsunterlagen erhalten. Das Vorgehen: Zuerst spricht der Präsident der Finanzkommission, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament und zum Schluss die Abstimmung.

Präsident Finanzkommission Hugo Staub (SP): Die Finanzkommission wurde am 21. April 2015, kurz vor der Medienkonferenz des Gemeinderats, über das Rechnungsergebnis 2014 erstmals informiert. Am 8. Juni 2015 haben wir die umfangreichen Parlamentsunterlagen zur Rechnung 2014 mit dem fast vollständig anwesenden Gemeinderat besprochen. Zusätzlich habe ich als Präsident der Finanzkommission am 17. April 2015 an einer Besprechung mit der externen und internen Finanzkontrolle teilgenommen, an welcher Empfehlungen ausgesprochen worden sind. Es ist sehr gut, dass das Präsidium der Finanzkommission jeweils an dieser Sitzung teilnehmen kann und sich der Präsident der Finanzkommission direkt darüber informieren kann, was die Revisionsstellen zur jeweiligen Rechnung mitzuteilen haben.

Das wichtigste Fazit aus den Diskussionen und Prüfungen zur Rechnung 2014 ist sicher, dass die Rechnung entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen und professionell geführt worden ist. Es gibt keinerlei Hinweise auf irgendwelche Mängel, die gegen eine Verabschiedung der Rechnung 2014 sprechen.

Inhaltlich streiche ich fünf Kernaussagen zur Rechnung 2014 heraus. Die erste: Der Fehlbetrag ist zwar kleiner als budgetiert, die Gemeinde gibt jedoch mehr Geld aus als sie einnimmt. Die zweite: Die Steuereinnahmen haben sich gegenüber dem Vorjahr wieder verbessert, bis ins Detail kann nicht eruiert werden, weshalb das so ist. Die dritte: Die Gemeinde hat die beeinflussbaren Kosten im Griff. Die grössten Ausgabenschwankungen liegen im Bereich der nicht beeinflussbaren Kosten. Die vierte: In der Summe schlagen die verschiedenen Lastenausgleiche mit rund 60 Millionen Franken zu Buche und ungefähr die Hälfte davon fliesst vom Kanton in irgendeiner Form wieder zurück an die Gemeinde. Die fünfte: Die Investitionen zulasten der Steuern waren 2014 hoch, sie lagen bei rund 21 Millionen Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad ist allerdings auf ein tiefes Niveau von 55,9 Prozent gesunken und die Nettoschulden haben um 10 Millionen Franken auf rund 50 Millionen Franken zugenommen.

Die Finanzkommission hat an ihrer Sitzung vom 8. Juni 2015 unter anderem folgende Punkte besprochen: Die internen und externen Aufwände im Zusammenhang mit dem Inkassowesen; das noch hängige Verfahren mit der Eidgenössischen Steuerverwaltung im Zusammenhang mit Mehrwertsteuerabrechnungen bei Liegenschaften und – als Beispiel – über die Steigerung bei den Krankheits- und Unfallkosten. Zudem haben wir in der detaillierten Lektüre noch einige kleine Fehler gefunden: Im ursprünglichen Antrag an das Parlament waren zwei falsche Kontonummern enthalten, was zu einem Nachversand des Berichts und Antrags des Gemeinderats führte. Bei dieser Gelegenheit hat der Gemeinderat einem Wunsch der Finanzkommission entsprochen und einige Erläuterungen zu den Nachkrediten eingefügt. Zwei weitere Hinweise zu kleineren Fehlern: Auf Seite 3, unter dem Titel „Investitionen zu Lasten Steuern“ müsste der Satz lauten: Da gleichzeitig die Abschreibungen konstant anfallen, ist dadurch der *Selbstfinanzierungsgrad* – und nicht Realisierungsgrad – auf schwache 55,9 % gesunken.“ Auf Seite 19 ist im Satz: „Alles in allem hat sich der Wert der Anlagen im Finanzvermögen um 2,776 Mio. Franken – anstelle von 2'776 Mio. Franken – erhöht.“

Sie erkennen an diesen Punkten, dass in der Finanzkommission keine langen Grundsatzdiskussionen zur Rechnung 2014 stattgefunden haben. Für die Finanzkommission ist viel interessanter, welche Schlüsse aus der Rechnung 2014 gezogen werden, namentlich für den Voranschlag 2016.

Die Finanzkommission empfiehlt dem Parlament einstimmig, den Anträgen des Gemeinderats zuzustimmen.

Parlamentspräsident Bernhard Zaugg hält fest, dass das Eintreten obligatorisch ist.

Fraktionssprecher Christoph Salzmann (SP): Die SP-Fraktion stellt fest, dass die Gemeinde den Sach- und Personalaufwand – den durch die Gemeinde beeinflussbare Teil der Rechnung – insgesamt gut im Griff hat. Ein Blick zurück zeigt uns, dass dies auch in den vergangenen Legislaturen der Fall war. Für diese Ausgabendisziplin wollen wir der Verwaltung und auch dem Gemeinderat danken.

Die Schwierigkeiten liegen eher einerseits bei den schwer zu prognostizierenden Steuereinnahmen der juristischen Personen und andererseits bei der kantonalen Finanzpolitik. Beim Betrachten der Rechnung 2014 kann festgehalten werden: So weit so gut, Glück gehabt. Das Defizit ist kleiner als budgetiert, beträgt jedoch immer noch rund 860'000 Franken. Dieses Ergebnis gibt keinen Anlass für Freudensprünge, denn es genügt nicht, sich finanzpolitisch aus der Verantwortung für die nächsten Jahre zu ziehen. Vor allem der Blick in die Zukunft bereitet der SP-Fraktion aber grosse Sorgen. Eine nachhaltige Finanzpolitik ist auf mehrere Jahre angelegt und zeichnet sich dadurch aus, dass die Gemeinde den Bürgerinnen und Bürgern zu einem günstigen Preis gute Leistungen erbringt, dass den kommenden Generationen eine intakte und ausreichende Infrastruktur hinterlassen wird und dass nicht mit grossem Aufwand später saniert werden muss, was vernachlässigt wurde und dass der kommenden Generation kein Schuldenberg hinterlassen wird, der zu einer unzumutbaren Zinsbelastung führen könnte, falls diese wieder ansteigen würden. Wir dürfen uns nicht vom zurzeit tiefen Zinsniveau blenden lassen.

Der Gemeinderat hat entschieden, für 2016 auf eine Steuererhöhung zu verzichten und zusätzlich die Sparschraube zu lockern. Das wissen wir aufgrund seiner Medienmitteilung. Wir fragen uns, ob das nachhaltige Finanzpolitik ist. Immerhin stehen in den nächsten Jahren grosse notwendige Investitionen an, so z. B. diverse Sanierungen von Schulanlagen, der Neubau einer Schule im Ried, der Primatwechsel der Pensionskasse des Gemeindepersonals und vielleicht noch der Kauf des Gemeindehauses. Genügen die vorhandenen Mittel für dies alles? Droht eine übermässige Verschuldung oder wie kann diese tragbar gestaltet werden?

Die SP-Fraktion möchte eine Finanzpolitik, die die Mittel für eine nachhaltige Entwicklung – wie ich sie vorhin erwähnt habe – zur Verfügung stellt. Dass dabei mit jedem Steuerfranken umsichtig umgegangen wird, ist für die SP-Fraktion selbstverständlich. Wir wollen, dass die Gemeinde Köniz nicht über längere Zeit mehr Geld ausgibt als sie einnimmt und dass sie den kommenden Generationen keine Schulden und keine marode Infrastruktur hinterlässt. Schön, wenn dazu keine Steuererhöhung notwendig ist. Dabei ist nicht der Abschluss eines einzelnen Jahres massgebend, sondern das Mittel aus den Abschlüssen mehrerer Jahre. Beunruhigend für uns ist, dass dem Gemeinderat für seine Entscheidung, den Steuerfuss nicht zu erhöhen, ein Blick zurück auf die Rechnung 2014 genügt; eine Rechnung die notabene immer noch ein Defizit von 0,86 Millionen Franken ausweist. Den kritischen Blick nach vorne liess er weg. Die SP-Fraktion erachtet es geradezu als fahrlässig, aufgrund eines einzigen veränderten Parameters von einer ganz neuen Ausgangslage ausgehen zu wollen. Dies gemäss dem Motto: Es lebe die Hoffnung.

Auch wegen und trotz der kritischen Randbemerkungen wird die SP-Fraktion den Anträgen des Gemeinderats zustimmen.

Fraktionssprecher Toni Eder (Mitte-Fraktion): Die Rechnung 2014 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von rund 863'000 Franken ab. Das kann als gut oder schlecht betrachtet werden; Tatsache bleibt, dass die Rechnung 2014 besser abschliesst als budgetiert und das Ergebnis ein Aufwand- und kein Ertragsüberschuss ist. Hier ist jedoch nicht der Moment über das nächste Budget und die Investitionsplanung zu debattieren, dazu wird im November anlässlich der Budget-Debatte genügend Zeit bleiben. Das Resultat ist im Vergleich zum gesamten Aufwand und Ertrag in der Grössenordnung von 216 Millionen Franken eine Punktlandung. Es ist auch eine Punktlandung im Vergleich zum Voranschlag 2015, der ein Defizit von 2,8 Millionen Franken ausgewiesen hatte.

Es wurde gut gearbeitet und dafür gebührt Dank. Die Unterlagen sind übersichtlich dargestellt, auch hier ist gut gearbeitet worden, nochmals Dank dafür.

Die Details sind in der Finanzkommission besprochen worden, das ist Aufgabe dieser Kommission. Man könnte nun versuchen, über Abschreibungen, Abschreibungsregelungen, über Gründe von Schwankungen bei den Steuereinnahmen, über Abgrenzungen zum nächsten oder zum letzten Jahr sprechen. Ich gehe jedoch davon aus, dass dies in der Finanzkommission erledigt worden ist. Auch dafür vielen Dank.

Die Mitte-Fraktion wird den Anträgen des Gemeinderats einstimmig zustimmen.

Am Rande der Rechnung muss jedoch Folgendes festgehalten werden: Zu beachten gilt es jeweils auch das Kleingedruckte, im vorliegenden Fall der letzte Absatz der Medieninformation vom 23. April 2014. Darin geht es um die „Neubeurteilung der Finanzlage“. Es wird ausgeführt, dass aufgrund des besseren Rechnungsergebnisses der Steuerfuss im nächsten Jahr nicht erhöht werden muss und dass zusammen mit den Trendmeldungen der Voranschlagszahlen 2016 die Aufgabenprüfung angepasst – in Klartext verkleinert – werden soll. Das ist aus Sicht des Gemeinderats scheinbar vertretbar. Als einfaches Parlamentsmitglied mit etwas weniger Informationen scheint mir die Begründung relativ mager wenn nicht sogar unseriös.

Über den Nichterhöhungsentscheid des Steuerfusses freuen wir uns, das ist ganz im Sinn der Mitte-Fraktion; gleichzeitig aber auch die Aufgabenüberprüfung neu zu definieren, respektive zu verkleinern, ist in meinen Augen doch gewagt. Das heisst weniger Mehreinnahmen und kleinere Kürzungen bei den Ausgaben. Die Beurteilungsperiode ist viel zu kurz und die Schwankungen, insbesondere bei den Einnahmen, sind viel zu gross. Das geht eigentlich nicht. Hier bitten wir, keine Schnellschüsse vorzunehmen. Wir verlangen, dass die Aufgabenprüfung wie geplant gestartet wird. Es ist auch klar, dass nach der Aufgabenprüfung allenfalls Beschlüsse zu fällen sind, denn das Parlament kann dem Gemeinderat diese heisse Kartoffel nicht einfach zuschieben; wir werden hier noch gefordert sein. Trotzdem: Der Gemeinderat hat sich die Aufgabenüberprüfung vorgenommen und dem Parlament in der Legislaturplanung vorgeschlagen. Bereits jetzt den Start zu verändern, geht nicht.

Fazit: Die Mitte-Fraktion wird den Anträgen des Gemeinderats zustimmen, nimmt erfreut zur Kenntnis, dass der Steuerfuss nicht steigt und bittet darum, dass der Gemeinderat sich nicht vor der Aufgabenüberprüfung drückt.

Fraktionssprecher Ueli Witschi (BDP): Auch die BDP-Fraktion wird den Anträgen des Gemeinderats zustimmen und die Rechnung 2014 genehmigen. Einerseits weil die Rechnung 2014 korrekt ist und andererseits möchten wir damit unsere Wertschätzung der Verwaltung gegenüber für die gute Arbeit zum Ausdruck bringen.

Trotzdem fügen auch wir einige Gedanken betreffend Finanzen an, dies unter dem Stichwort Nachhaltigkeit. Wenn es um Nachhaltigkeit geht, finden sich im Parlament schnell Mehrheiten. Nachhaltigkeit sollte sich aus unserer Sicht aber nicht nur auf bestimmte Ressourcen beschränken, sondern gesamtheitlich verstanden werden und darunter gehören auch die Finanzen. Betrachtet man einerseits die Bilanzen, z. B. den Selbstfinanzierungsgrad und den Schuldenzuwachs im letzten Jahr, nimmt dazu noch das im IAFP Prognostizierte in Bezug auf die Schulden und ruft sich die Budgetdebatten in Erinnerung, wo man sich angesichts roter Zahlen immer auf Planungsunschärfen beruft. Betrachtet man andererseits aber auch die Entscheide des Gemeinderats, der – wenn eher zufällig fast schwarze Zahlen ausgewiesen werden – dies bereits als solide Entscheidungsgrundlage für den Steuerfussentscheid nimmt, ist leider keine finanzpolitische Trendwende in Sicht. Das heisst, die Gemeinde wird – wenn wir so weiterfahren – in eine Situation geraten, in welcher sie, wenn die Zinsen zu husten beginnen, mindestens eine Grippe oder vielleicht noch Schlimmeres erleiden könnte. Wir sollten uns bewusst sein, dass damit Lasten für jene geschaffen werden, die nach uns kommen.

Die BDP-Fraktion ist der Meinung, dass auch mit der Ressource Finanzen nachhaltig umgegangen werden soll und das was wir heute realisieren wollen, auch heute bezahlen sollen. Deshalb wird sie an ihren Forderungen nach einem ausgeglichenen Budget – Stichwort Aufgabenüberprüfung – und einem kontrollierten Schuldenabbau festhalten.

Fraktionssprecherin Erica Kobel-Itten (FDP): Ich hatte bereits letztes Jahr die grosse Freude, als Fraktionssprecherin zur Rechnung 2013 zu referieren. Damals begann ich mit den Worten: „Noch einmal Glück gehabt ist man versucht zu sagen“. Wie dem auch sei, auch 2014 sind wir mit der Rechnung einmal mehr gerade noch gut davongekommen. Wobei: Ein Defizit ist ein Defizit. In unseren Augen sollte einer Rechnung ohne Defizit der Vorzug gegeben werden. Heute darüber zu sprechen ist der falsche Zeitpunkt, weil an der Rechnung 2014 grundsätzlich nichts mehr geändert werden kann. Wir befassen uns hier mehrheitlich mit Geschichte.

Bemühend ist folgender Punkt: Bereits vor einem Jahr haben wir festgehalten, dass wir zu den Nachkrediten mehr Informationen wünschen, weil nach der genauen Prüfung der gesamten Rechnung die Interpretation der Nachkredite fast unmöglich ist. Trotz den Versprechungen im letzten Jahr klappte dies nicht. Immerhin haben wir dieses Jahr genauere Informationen zu den Nachkrediten einige Tage vorher mittels Nachversand erhalten, was bereits einen grossen Fortschritt bedeutet. Vielleicht klappt es ja im nächsten Jahr von Anfang an.

Als sehr gefährlichen Punkt erachten wir von der FDP-Fraktion aber, dass aufgrund der Rechnung 2014 und der Tatsache, dass auf die Erhöhung des Steuerfusses verzichtet wird, auch der Sparwille abgedämpft worden ist. Für uns ist wichtig, dass sich der Gemeinderat weiterhin sehr anstrengt, Sparmassnahmen vorzuschlagen und hier im Parlament zu diskutieren. Aufgabe des Parlaments wird es sein, das Budget genau zu prüfen und damit die Weichen für die nächsten Rechnungen zu stellen. Da wird die eine oder andere Diskussion über die einen oder anderen Punkte im Budget stattfinden. Auf diese Auseinandersetzung freuen wir uns.

Die FDP-Fraktion wird der vorliegenden Rechnung 2014 einstimmig gemäss den Anträgen des Gemeinderats zustimmen.

Fraktionssprecher Mathias Rickli (Grüne): Die Fraktion der Grünen dankt für die Präsentation der Rechnung 2014 und für die geleistete Arbeit. Die Fraktion der Grünen wird aufgrund des Votums des Finanzkommissionspräsidenten, dass die Revisoren keine Beanstandungen angebracht haben, der Rechnung 2014 gemäss den Anträgen des Gemeinderats zustimmen.

Auch von unserer Seite einige Bemerkungen zur Rechnung 2014. Es stellt sich jeweils die Frage, was man bei der Präsentation der Rechnung sagt und was anlässlich der jeweiligen Budgetberatungen. Es stellt sich klar heraus, dass die nicht beeinflussbaren Positionen die Gemeinde stark beschäftigen. Das ist bei den „Entschädigungen an Gemeinwesen“ (Grafik Seite 4) ersichtlich. Ebenso ist ersichtlich, dass die nicht beeinflussbaren Kosten einen sehr grossen Teil ausmachen. Wir stellen aber auch fest, dass die Personalkosten im Griff sind und die Gemeinde in diesem Bereich gut arbeitet. Wir unterstützen dies. Nicht ganz klar ist für uns, ob die Pensionskassen-Geschichte zu einer ausserordentlichen positiven Beeinflussung führt, die im nächsten Jahr wieder anders aussehen kann.

Einige Worte zu Schulden, Steuern und Investitionen: Schulden abbauen und Sparprogramm in Ehren, dagegen kann grundsätzlich nichts eingewendet werden. Für unsere Fraktion ist aber wichtig, dass die zurzeit herrschende Tiefzinspolitik flexibel gehandhabt wird. Es wäre aus unserer Sicht falsch, hier enorm zu sparen, wenn heutzutage sehr günstig Gelder aufgenommen werden können. Das soll jedoch nicht heissen, dass wir das Geld zum Fenster hinauswerfen, jedoch aber, dass wir auf keinen Fall anstehende Investitionen auf kommende Generationen übertragen wollen. Ein kleines Beispiel: Hätte man in Bezug auf die Pensionskasse etwas früher reagiert, wäre vielleicht nicht ein solch grosser Posten zurückgeblieben.

Für den Normalbürger oder für Parlamentsmitglieder, die sich das Lesen solcher Lektüre nicht gewöhnt sind, ist es schwierig, sich die Rechnung zu erschliessen. Mich interessierte beispielsweise, weshalb beim öffentlichen Verkehr derart viel Geld herauschaut. Die Erklärung dazu ist schwierig zu lesen. Die Fraktion der Grünen stellt sich die Frage, ob es nicht Aufgabe des Gemeinderats wäre, seine Interpretation, wo er die wichtigen Punkte sieht, im Antrag aufzuführen. Das könnte für uns Parlamentsmitglieder unter Umständen hilfreich sein. Wir freuen uns darauf, dass die Rechnung zukünftig mit dem IAFP abgeglichen wird, damit sie von uns Parlamentsmitgliedern als Steuerungsinstrument betrachtet werden kann.

Fraktionssprecher Stefan Lehmann (SVP): Wie alle Jahre ist das Traktandum Rechnung aus dem Vorjahr ein Stück weit Vergangenheitsbewältigung, bietet jedoch auch Gelegenheit, das Geschäftsjahr Revue passieren zu lassen. Gegenüber dem Vorjahr können einige Änderungen festgestellt werden: Die Rechnung 2014 schliesst deutlich besser ab, um 1,6 Millionen Franken gegenüber dem Budget 2014. Anders als in der Vergangenheit werden ausserordentliche Erträge, hier ein namhafter Ertrag aus einer Erbschaft, umgehend abgeschrieben und damit neutralisiert. Wir begrüssen diese unseren Vorstellungen entsprechende Vorgehensweise. Wobei ich dies bei der genannten Erbschaft als weniger schlimm betrachte als z. B. bei Aufwertungen von Liegenschaften oder bei Landverkäufen.

Im Unterschied zum Vorjahr wurde dem vorliegenden Geschäft frühzeitig die Brisanz genommen. Dies durch das deutlich bessere Resultat, aber auch insbesondere, weil sich der Gemeinderat, gestützt auf das Ergebnis, dazu durchringen konnte von einer bereits angekündigten Erhöhung des Steuerfusses abzusehen. Das begrüssen wir selbstverständlich. Anders als im letzten Jahr, wo die Rechnung 2013 durch unsere Fraktion abgelehnt worden ist, werden wir der Rechnung 2014 gemäss den Anträgen des Gemeinderats zustimmen.

Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat sowie der Verwaltung für die geleistete Arbeit und die finanzielle Disziplin. Wir beurteilen jedoch die aktuelle, wie auch die künftige finanzielle Situation als angespannt und den Spielraum als eng. Wir gehen aber davon aus, dass alle Gremien durch verantwortungsvolles, diszipliniertes Handeln mithelfen werden, die Gemeindefinanzen mit der notwendigen Sorgfalt, ein korrektes Ziel zu erreichen behandeln, damit sie nicht für unsere Nachfolgenden zum Problem werden. Weitere Diskussionen werden in der Budgetdebatte geführt. Die Sparmassnahmen kennen wir noch nicht.

Eine Schlussbemerkung: Steuererhöhungen bewirken nicht per se einen Schuldenabbau.

Gemeindepräsident Ueli Studer (SVP): Ich danke bestens für die – trotz den kritischen Voten, die der Gemeinderat zur Kenntnis nimmt – positive Aufnahme der Rechnung 2014. Ich danke der Finanzkommission bestens für die gute Zusammenarbeit, die wir im vergangenen Jahr wieder führen durften. Dank der Finanzkommission wurden einige Fehler in der Rechnung 2014 gefunden. Das ist uns nicht Recht, aber wo gearbeitet wird, können Fehler geschehen.

Ich gehe auf einige Punkte ein: Die Rechnung 2013 schloss schlechter ab als von uns erwartet und damals war für den Gemeinderat sehr ungewiss, ob dies einmalig ist oder ob es sich um einen Trend handelt, der in Zukunft so anhalten wird. Heute kann zum Glück festgestellt werden, dass zwar ein Defizit vorhanden ist, jedoch nicht so hoch wie budgetiert. Mit dem nun herrschenden Trend können wir – so die Meinung des Gemeinderats – festhalten, dass das sich bei der Rechnung 2013 Abzeichnende höchstwahrscheinlich einmalig war. Das ist jedoch noch nicht klar und wir sind keine Propheten.

Der Steuerertrag war 2014 höher als im Vorjahr. Für uns war eine Erbschaft, bei welcher nicht klar war, ob der Ertrag aus der Erbschaftssteuer in der Gemeinde Köniz bleibt oder nicht, ein grosser Glücksfall. Damit konnte, trotz umgehender Abschreibung, die Rechnung 2014 verbessert werden.

Anlässlich der geführten Diskussion kam zum Ausdruck, dass der Gemeinderat auf das nun eher positive Resultat unüberlegt gehandelt habe, indem er den Steuerfuss nicht erhöhe und das Sparpaket herunterfahre. Ich halte hier fest: Der Gemeinderat hat anfangs der Legislatur eine Finanzstrategie erarbeitet. In dieser Strategie können nicht nur die Steuern betrachtet werden oder nur das Sparpaket; man muss beide Seiten betrachten und das hat der Gemeinderat getan. Nach dem Rechnungsabschluss 2014 hat er eine Analyse vorgenommen und aufgrund dieser Beschlüsse gefällt und sie kommuniziert. Es wurde jedoch kein Beschluss gefällt, dass der Steuerfuss per se erhöht wird, weder im Gemeinderat noch im Parlament. Man stellte eine allfällige Erhöhung jedoch in Aussicht, wenn sich der Trend von 2013 weiter entwickle.

Zum Sparpaket: Der Gemeinderat hat eine Analyse vorgenommen und die Finanzstrategie betrachtet. Er kam zum Schluss, dass der Steuerfuss 2016 nicht erhöht werden muss und das Sparpaket bis Ende 2017 bei 3 Millionen Franken belassen werden kann. Damit ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass vielleicht im nächsten oder übernächsten Jahr die Strategie erneut angepasst werden muss. Zum Teil wird vom Parlament auch das Vorlegen verschiedener Szenarien verlangt. Würde man dies vornehmen, wäre vielleicht eines dieser Szenarien richtig. Der Gemeinderat erarbeitet jeweils diverse Szenarien, kommuniziert jedoch nicht alle gegen ausser.

Auf die Gemeinde Köniz kommen einige Ungewissheiten zu: Zurzeit kann festgehalten werden, dass die Wirtschaft recht gut läuft. Wenn ich mit Könizer Unternehmenden spreche, halten diese unisono fest, dass ihre Auftragsbücher sehr gut gefüllt sind. Zurzeit herrscht auch ein tiefes Zinsniveau und das bereits seit längerer Zeit. Heute können Anleihen mit einem Zinssatz von unter 1 Prozent Zins für die nächsten 10 Jahre abgeschlossen werden. Hier ist Gefahrenpotenzial vorhanden: Wenn wir unseren nachkommenden Generationen hohe Schulden überlassen, müssen diese dann unter Umständen mit einem hohen Zinsniveau bezahlt werden. Das ist dem Gemeinderat bewusst. Dank der Strategie, welche der Gemeinderat bereits seit längerem vornimmt, dass in kurzen oder längeren Abständen Gelder aufgenommen werden, die entsprechend wieder abgelöst werden, wird kein starker Knick der Fall sein, sollte das Zinsniveau wieder ansteigen. Ich gebe Ihnen jedoch Recht: Hier ist Vorsicht geboten und es muss gut hingesehen werden.

Eine der Ungewissheiten ist die Unternehmenssteuerreform. Wir wissen nicht, in welche Richtung diese tendiert. Der Gemeinderat hat vom Kanton zwar Informationen erhalten, jedoch sehr vage und nicht verfestigte. Wir wissen, dass grosse Investitionen vor uns liegen. In den letzten 10 Jahren wurde in der Gemeinde Köniz bewusst geplant, es wurden grosse Planungen ausgelöst. Diese Planungen kommen nun in die Realisierungsphase und können nicht so einfach abgebrochen werden. Man kann nicht Wettbewerbe durchführen und den Investoren dann kurz vor dem Ziel mitteilen, dass keine Vorinvestitionen mehr getätigt werden können. Wir müssen uns den Investoren gegenüber – die wirklich daran interessiert sind, in der spannenden Gemeinde Köniz zu investieren – als verlässliche Partner zeigen. Der Gemeinderat wird die Finanzsituation sehr gut beobachten. Er hat in den letzten drei und wird sich in den nächsten zwei Monaten in verschiedensten Klausuren mit den Finanzen auseinandersetzen. Er wird das Sparprogramm prüfen. Ich halte hier Folgendes fest: Bereits 2010 habe ich ein Sparprogramm mitgemacht. Als der Gemeinderat dieses vorlegte, kam von überall her der Ruf, hier nicht, dort nicht und da auch nicht. Der Gemeinderat wird sich deshalb zurücknehmen und abwägen, wo Optimierungen möglich sind, damit beispielsweise der Service public aufrechterhalten werden kann oder die Gemeinde trotzdem attraktiv bleibt. Diese Punkte beachtet der Gemeinderat auch bei den jeweiligen Tagesgeschäften. Der Gemeinderat ist gefordert, aber auch das Parlament wird gefordert sein und dies bereits bei der nächsten Budgetdebatte.

In diesem Sinne: Nochmals danke für die Zustimmung zu den Anträgen des Gemeinderats. Es wurde noch die Frage gestellt, weshalb beim öffentlichen Verkehr viel weniger Mittel ausgegeben worden sind. Der Kanton tätigt viel weniger Investitionen in der Gemeinde Köniz, unter anderem aufgrund der negativen Abstimmung zu Tram Region Bern. Damit bleiben die öV-Punkte auf einem tieferen Niveau, was zu weniger Beiträgen an den öffentlichen Verkehr führt.

Beschluss

Das Parlament bewilligt folgende Nachkredite für das Rechnungsjahr 2014:

1730.332	Übrige Abschreibungen	CHF	1'233'486.10
3640.301	Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal Tagesschulen	CHF	268'082.75
3640.318	Dienstleistungen und Honorare Tagesschulen	CHF	203'322.45
3750.316	Mieten Pachten und Benützungsgebühren Anlagen + Sport	CHF	476'951.35

TOTAL Nachkredite Parlament

CHF 2'181'842.65

(Abstimmungsergebnis: Einstimmig)

Beschluss

1. Die Gemeinderechnung 2014, die bei Erträgen von CHF 216'841'609.66 und Aufwendungen von CHF 217'704'855.39 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 863'245.73 abschliesst, wird genehmigt.
2. Die Bestandesrechnung, die per 31. Dezember 2014 mit Aktiven und Passiven von je CHF 290'247'375.95 abschliesst, wird genehmigt.

(Abstimmungsergebnis: Einstimmig)

4. Verwaltungsbericht 2014

Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Parlamentspräsident Bernhard Zaugg: Auch zu diesem Geschäft sind Ihnen die Unterlagen, der Bericht und Antrag des Gemeinderats, der Verwaltungsbericht mit Anhang, eine Zusammenfassung der Verwaltungsbesuche der GPK, zugesandt worden. Das Vorgehen: Zuerst spricht der GPK-Präsident, danach folgen die GPK-Referenten, die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament und zum Schluss die Abstimmung.

Präsident GPK Beat Haari (FDP): Die Ergebnisse der Verwaltungsbesuche der GPK sind in der Zusammenfassung der Verwaltungsbesuche dokumentiert. Ich darf im Namen der GPK dem Gemeinderat und der Verwaltung einerseits für den aufwändig und sorgfältig verfassten Verwaltungsbericht und andererseits für die gute Aufnahme der GPK-Mitglieder anlässlich ihrer Verwaltungsbesuche danken.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, den Verwaltungsbericht 2014 zu genehmigen.

Direktion Präsidiales und Finanzen (DPF)

GPK-Referentin Barbara Thür (GLP): Vanda Descombes und ich durften einen sehr interessanten Verwaltungsbesuch in der DPF erleben. Wir liessen uns über zwei sehr wichtige Themen informieren, welche selten in der Politik oder in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Themen, die von der Gemeinde ohne grosses Aufsehen im Hintergrund bearbeitet werden, deshalb jedoch nicht weniger wichtig sind: Die Krisenvorsorge und das Risikomanagement.

Mit der Vorbereitung auf Krisen oder mit Massnahmen zur Risikoverminderung lassen sich im Voraus selten viele Lorbeeren holen. Wehe aber, wenn die Krisenvorsorge nicht vorhanden ist wenn sie denn einmal benötigt wird. Es braucht Engagement und Disziplin, sich auf etwas seriös vorzubereiten, das vielleicht nie eintreffen wird. Die Gemeinde Köniz nimmt diese Aufgabe aus unserer Sicht sehr ernst und beübt regelmässig Krisensituationen. Deshalb hat sie z. B. beim Unwetter 2014 zeigen können, dass die Vorbereitung auf solche Situationen, wie auch die enge Zusammenarbeit mit den regionalen und kantonalen Führungsorganen sehr nützlich sein kann. 2013 begann die Gemeinde damit, Risiken welche die DPF betreffen könnten, zu analysieren und Gegenmassnahmen zu formulieren. Der erstellte Risikokatalog ist 2014 überarbeitet worden und sollte nun mit den gemachten guten Erfahrungen auf alle Direktionen ausgeweitet werden.

Uns erscheinen die Analysen und das Konzept sehr sinnvoll und weitsichtig. Wir hoffen, dass die Gemeinde bzw. die Politik auch weitsichtig genug ist, wenn es darum geht, Massnahmen umzusetzen, auch wenn das nicht immer gratis zu haben ist.

Direktion Planung und Verkehr (DPV), Planung und Bauinspektorat

GPK-Referent Andreas Lanz (BDP): Bei der Planungsabteilung liessen wir uns Prozesse und Instrumente des Projektmanagements zeigen. Wir dürfen feststellen, dass die Projekte gut geführt werden. Für ein ziel- und ergebnisorientiertes Projektmanagement sind zweckmässige Instrumente vorhanden. Man arbeitet mit einfachen, aber verständlichen Listen und Tabellen, die ihren Zweck vollumfänglich erfüllen und ein effizientes Projekt- und auch Multiprojektmanagement erlauben. Das Multiprojektmanagement ist vor allem die Aufgabe des Abteilungsleiters, der alle Projekte seiner Abteilung im Blick haben und überwachen muss.

Beim Bauinspektorat richteten wir den Blick etwas in die Zukunft, was aus Sicht Verwaltungsbericht nicht ganz „stubenrein“, trotzdem aber wichtig ist. Wir haben den Übergang vom heute gültigen Baureglement zum neuen Reglement angeschaut. Das Bauinspektorat ist quasi der Gralshüter des Baureglements und muss dafür sorgen, dass die im Reglement enthaltenen Bestimmungen eingehalten werden. Der Übergang vom heute gültigen zum neuen Baureglement stellt eine besondere Herausforderung dar. Sobald das neue Baureglement öffentlich aufgelegt wird, hat es für das Bauinspektorat eine Vorwirkung. Das bedeutet, dass bei der Prüfung von Baugesuchen das aktuelle wie das neue Baureglement berücksichtigt werden müssen und immer die schärfere Bestimmung zum Zug kommen wird. Das führt im Bauinspektorat zu erhöhtem Arbeitsaufwand, kann auch zu längeren Bearbeitungszeiten von Gesuchen führen. Damit die Bauwilligen informiert sind und sich darauf einrichten können, werden sie mit entsprechenden Informationsschreiben orientiert.

Direktion Planung und Verkehr, Verkehr

GPK-Referent Mathias Rickli (Grüne): Nach der Ablehnung der Tramlinie 10 stellte sich die GPK die Frage, welchen Handlungsspielraum die Gemeinde bei der Verkehrsplanung hat. Wir führten dazu eine intensive Diskussion mit der Vorsteherin der DPV, Gemeinderätin Katrin Sedlmayer und mit dem Abteilungsleiter Verkehr und Unterhalt, Ruedi Käser. Anlässlich dieser Gespräche konnten wir uns einen Überblick über die Instrumente und Akteure verschaffen. Wir haben festgestellt, dass Verkehrsplanung grundsätzlich Sache der Behörden ist. Verkehrsplanung in der Gemeinde Köniz hat zudem meistens überkommunale Bedeutung, Tram Region Bern ist ein Paradebeispiel dafür. Die Entscheidemechanismen sind komplex und langwierig. Zentrale Bedeutung hat die Regionalkonferenz Bern Mittelland (RKBM). Man kann hier der Meinung sein, dass es aufwändig ist, eine weitere Planungsstufe zwischenzuschalten. Wir liessen uns anlässlich des Verwaltungsbesuchs jedoch davon überzeugen, dass die RKBM ohne Alternative ist, weil sie das Scharnier zwischen Kanton und Gemeinden ist. Es ist notwendig, die Feinplanung auf dieses Gremium herunter zu brechen, damit nicht der ganze grosse Kanton Bern und seine hintersten Winkel miteinbeziehen werden müssen. Aus dieser Sicht sind die Regionalkonferenzen für uns überzeugend, auch wenn es sich um einen Zusatzaufwand handelt. Wir haben auch festgestellt, dass gewisse Anzeichen von Überinstrumentalisierung auf den verschiedenen Stufen vorhanden sind. Das ist beispielsweise im Bereich Radverkehr ersichtlich, wo auf allen Stufen Radplanungsinstrumente vorhanden sind, zu denen man sich durchaus die Frage stellen kann, ob alle in dieser Detaillierung auf all den Stufen notwendig sind oder ob dies nicht besser zusammengefasst werden könnte, damit man handlungsfähiger wäre.

Welchen Handlungsspielraum hat die Gemeinde Köniz? Wichtig ist vor allem, dass die Stimmbewölkerung bei anstehenden Abstimmungen zum richtigen Zeitpunkt abgeholt werden kann, das war anlässlich der Abstimmung zur Tramlinie 10 ersichtlich. Zur Erinnerung: Grundsätzlich herrschte im Parlament Übereinstimmung, dass die Tramlinie 10 in Köniz gewünscht ist. Irgendwann einmal war aufgrund all der Planungen das Fuder überladen und grosse Anhängerschaften der Idee gingen verloren, je detaillierter das Projekt wurde. Im Rückblick kann hier festgestellt werden, dass in wichtigen Momenten gut dafür geschaut werden muss, die Anhängerschaften im Boot zu halten. Das ist bei Tram Region Bern nicht gelungen. Wenn über weite Stufen gegliederte Planungsprozesse vorhanden sind, ist dies eine der grössten Schwierigkeiten. Wir sind aufgrund des Verwaltungsbesuchs zum Schluss gekommen, dass der Zweckmässigkeitsbeurteilung (ZMB), die eine weitere Diskussionsplattform bedeutete, zu wenig Gewicht beigemessen worden ist.

Wir haben auch festgestellt, dass der Handlungsspielraum für die Gemeinde Köniz auf Gemeindestrassen am grössten ist. Das ist grundsätzlich nichts Neues, deutet aber darauf hin, dass insbesondere beim Radverkehr einiges realisiert werden könnte und man nicht immer auf den Kanton verweisen muss. Das ist die Einschätzung der GPK.

Ein kleiner Hinweis zum Verwaltungsbericht: Im Anhang in Kapitel 7.1 ist die Nutzung des Strassennetzes in der Gemeinde Köniz ersichtlich. Die Gemeinde hat hier neu den Radverkehr aufgenommen und diesen an vier Stellen gemessen. Damit wird es künftig möglich sein, die Entwicklung des Radverkehrs auf den Könizer Strassen zu beobachten und nicht nur den motorisierten Individualverkehr.

Direktion Bildung und Soziales (DBS)

GPK-Referent Christian Roth (SP): Die GPK fokussierte sich bei ihrem Verwaltungsbesuch bei der DBS auf zwei Schwerpunktthemen. Sie liess sich über den Stand der Umsetzung der neuen Kindes- und Erwachsenenschutzgesetzgebung unter der Leitung einer neuen Behörde mit Sitz in Münsingen informieren. Die Umsetzung war eine grosse Herausforderung und wurde zudem in der Gemeinde Köniz durch personelle Schwierigkeiten verschärft. Die GPK hat den Eindruck erhalten, dass die Lösungen inzwischen aufgegleist sind. Mit der sich in Umsetzung befindlichen Reorganisation sollte die Abteilung Soziales im Bereich Kindes- und Erwachsenenschutz jetzt wieder zur Ruhe kommen.

Noch nicht am Ziel ist die DBS in der Umsetzung der Massnahmen aus dem GPK-Bericht vom August 2013, Untersuchung zur Verbandsaufsicht der Gemeinde Köniz über den Verein kibe Region Köniz und zur Dienstaufsicht innerhalb der Gemeinde. Die GPK hält fest, dass in Bezug auf dieses Schwerpunktthema teilweise noch Handlungsbedarf besteht. Insbesondere im Umgang mit Kundenreklamationen sind die Empfehlungen der GPK noch nicht umgesetzt. Die GPK begrüsst aber daher die Ankündigung des Direktionsvorstehers, sich in diesem Themenbereich persönlich zu engagieren.

Direktion Sicherheit und Liegenschaften (DSL)

GPK-Referentin Vanda Descombes (SP): Anlässlich des Verwaltungsbesuchs bei der DSL fokussierten wir uns auf zwei Themen: Auf den Einsatz von privaten Sicherheitsfirmen und auf den Kauf und Verkauf von Land durch die Gemeinde.

Zu den Sicherheitsfirmen: In der Zeitung Bund sind diverse Artikel dazu erschienen. Wir wollten wissen, wie die Gemeinde Köniz mit den Sicherheitsfirmen umgeht. Eingesetzt wird meistens die Firma Bronco Security. Wir konnten keine Unregelmässigkeiten feststellen, die Bedingungen sind aus unserer Sicht klar geregelt. Die Bronco Security ist Mitglied des Verbands Schweizerischer Sicherheitsunternehmen. Damit ist ein gewisser Standard im Umgang mit den Mitarbeitenden sichergestellt. Einen Punkt möchten wir unterstreichen: Wir haben festgestellt, dass die Verträge mit Bronco Security nicht zentral koordiniert sind. Neben der DSL haben auch die DBS und die DUB Verträge mit der Bronco Security. Im Sinn einer besseren Transparenz regen wir an, dass diese Verträge zentral abgeschlossen werden oder zumindest zentral verfügbar sind.

In Bezug auf Kauf und Verkauf von Land erinnern Sie sich sicher an den geplanten Kauf der Parzelle 1296 in Niederwangen. Zudem konnte dem Verwaltungsbericht entnommen werden, dass die Gemeinde im Ried, aber auch in Oberwangen eventuell Land verkaufen möchte. Uns interessierte, nach welchen Kriterien solche Kauf- und Verkaufsgeschäfte beurteilt werden, bzw. ob ein solcher Kriterienraster überhaupt existiert. Dem ist nicht so und trotzdem haben wir im Gespräch relativ schnell feststellen können, dass sehr wohl Kriterien vorhanden sind. Diese sind absolut plausibel, jedoch nirgends festgehalten. Wir sind der Meinung, dass ein allen bekannter und verfügbarer Kriterienraster für die Begründung solcher Geschäfte zuhanden des Gemeinderats oder des Parlaments durchaus hilfreich sein könnte.

Direktion Umwelt und Betriebe (DUB)

GPK-Referent Heinz Nacht (SVP): Die von uns besuchte DUB besteht aus drei Abteilungen. Ich erlaube mir, zu jeder Abteilung etwas zu sagen.

Informatik-Zentrum Köniz-Muri: Wir durften feststellen, dass das Datenmanagement-System, die Sicherungen, auf dem neuesten Stand sind. Die Daten werden mindestens einmal täglich in Muri abgesichert. Worst case könnte höchstens ein Tag Ausfall sein. Spannend war für zu hören, dass anfangs dieses Jahres ein solches Worst-case-Szenario der Fall war.

Ein Fehler, der eigentlich nie hätte geschehen dürfen, passierte doch: Das USV (das Notstromsystem), das die PC mit Strom versorgt, hat selber einen Kurzschluss produziert und damit die Hauptsicherungen ausfallen lassen. Weder das Notstromsystem noch die PC funktionierten. Das hatte zur Folge, dass die Gemeindeverwaltung einen halben Tag ohne System war. Spannend war zu hören, was die Gemeinde in einem solchen Fall vornimmt. Beispielsweise ist überlegt worden, allfällig Sitzungen vorzuschieben, damit die tote Zeit sinnvoll überbrückt werden kann. Solche Überlegungen sind in meinen Augen gut. Auch gut ist in unseren Augen, dass die Mitarbeitenden des IZ an Kommunikationsseminaren teilnehmen, wo aufgezeigt wird, wie mit der Kundschaft – den Angestellten der Gemeinde Köniz – umgegangen werden soll, damit die IZ-Mitarbeitenden auch verstanden werden.

Gemeindebetriebe: Hier fragten wir nach, wie die Kommunikation der Bevölkerung gegenüber funktioniert. Es ist festgestellt worden, dass die Kommunikation bei der Aufgleisung eines Projekts hervorragend ist. Die Bevölkerung wird frühzeitig sowie kurz vor Baubeginn sehr gut informiert. Was etwas hapert ist die Kommunikation, wenn etwas nicht mehr planmässig läuft. Klar ist, dass eigentlich die den Auftrag durchführenden Unternehmungen für die Kommunikation verantwortlich sind, wenn ein Firmenwechsel oder ein Abteilungswechsel innerhalb der Firma passiert.

Abteilung Umwelt und Landschaft: Wir informierten uns über die Feuerungskontrolle, die eine freiwillige Arbeit der Gemeinde ist. Die meisten Gemeinden im Kanton Bern schreiben diese Arbeiten öffentlich aus. Wir durften vernehmen, dass die Gemeinde Köniz nicht vorsieht, die Feuerungskontrolle in nächster Zeit öffentlich auszuschreiben. Sie ist rechtlich nicht dazu verpflichtet. Die Antwort war: Man ist nicht viel teurer als andere, vielleicht eher im oberen Preissegment. Schlussendlich ist es einfacher, diese Aufgabe selber zu organisieren, da dafür entsprechend geschultes Personal von der Abfallbewirtschaftung hinzugezogen werden kann.

Parlamentspräsident Bernhard Zaugg hält fest, dass das Eintreten obligatorisch ist.

Fraktionssprecherin Elisabeth Rüeegg (SVP): Das Jahr 2014 zusammengefasst und eingebunden auf 85 Seiten plus 79 Seiten Zahlen und Organigramme liegen vor uns. Ein ausführliches Werk, das sich gut liest und sicher mit grossem Aufwand entstanden ist. Jede Information die wir im Bericht suchten, fanden wir auch, zusammen mit einfachen Vergleichen zu den Vorjahren. Wir werden den Verwaltungsbericht im laufenden hin und wieder als wichtiges Nachschlagewerk zur Hand nehmen.

Die SVP-Fraktion würdigt und respektiert die grosse geleistete Arbeit und bittet den Gemeinderat, den Mitarbeitenden aller Direktionen unseren besten Dank weiterzugeben. Die SVP-Fraktion wird dem Verwaltungsbericht gemäss dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zustimmen.

Fraktionssprecher Casimir von Arx (Mitte-Fraktion): In der täglichen Arbeit und in Projekten bewältigt die Gemeindeverwaltung Köniz verschiedenste Aufgaben mit einer grossen thematischen Breite und wir Parlamentsmitglieder können davon jedes Jahr nur eine Auswahl diskutieren. Die Behandlung des Verwaltungsberichts ist deshalb eine gute Gelegenheit, die anderen Arbeiten zu würdigen und uns bei den Mitarbeitenden der Verwaltung und beim Gemeinderat dafür zu bedanken.

Ich sage im Namen der Mitte-Fraktion Merci.

Der Verwaltungsbericht erwähnt auch in diesem Jahr die Weiterführung von Bekanntem, einen Ausblick auf Planziele. Unsere Erkenntnisse aus dem Bericht können wir in der erlaubten Redezeit nicht umfassend darlegen und deshalb eine kleine punktuelle Anregung: Im Zahlenteil ist auf Seite 50 die Verkehrsunfallstatistik zu finden. Dort werden die Unfälle nach Personenschaden nach Verkehrsmittel aufgegliedert. Es wird unter anderem unterschieden zwischen Motorfahrrad, Kleinmotorrad und Motorrad. Wir würden es begrüßen, wenn noch zwischen Rad und E-Bike unterschieden würde, weil die Unfallgefahr beim E-Bikefahren ein Thema ist, mit dem sich die Politik und die Gesellschaft vertieft auseinandersetzen sollte.

Die Mitte-Fraktion stimmt der vom Gemeinderat beantragten Genehmigung des Verwaltungsberichts 2014 einstimmig zu.

Fraktionssprecher Andreas Lanz (BDP): Die BDP-Fraktion dankt der Verwaltung und dem Gemeinderat für die Berichterstattung. Für uns sind der Verwaltungsbericht und der Anhang jeweils sehr aufschlussreich, sie geben uns eine gute Übersicht. Insbesondere bedanken wir uns bei der GPK für die seriöse und umfassende Prüfung im Rahmen der Verwaltungsbesuche. Ein besonderes Interesse fand der Bericht von Mathias Rickli zur Abteilung Verkehr.

Es ist sehr hilfreich, einmal die Zusammenhänge zwischen Gemeinde, Regionalkonferenz und Kanton etwas besser zu verstehen.

Die BDP-Fraktion wird dem Verwaltungsbericht gemäss dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zustimmen.

Fraktionssprecherin Stephe Staub-Muheim (SP): Der Verwaltungsbericht 2014 inklusive Anhang mit Organigrammen und Zahlen ist ein eigentliches Vademecum, ein Begleiter für die Zusammenarbeit der verschiedenen Verwaltungsabteilungen der Gemeinde Köniz. Wenn jemand meine Verdankung des Veraltungsberichts aus dem letzten Jahr im Ohr hat, würde er denken: Copy paste. Ich startete letztes Jahr mit denselben Worten.

Ist nun der Verwaltungsbericht 2014 auch Copy paste? Nein, dem ist nicht so. Denn in allen Abteilungen wurde während eines Jahres gearbeitet und damit die Grundlage für den vorliegenden Verwaltungsbericht geschaffen. Die Rubrik Ausblick auf 2015 ist bereits fast wieder Geschichte, denn das erste Halbjahr 2015 ist vorbei. Der Verwaltungsbericht 2014 sowie der Anhang sind gelesen und verdaut. Hiermit verdanke ich im Namen der SP-Fraktion den Verwaltungsbericht 2014.

Irgendwie hatte ich das Gefühl, hier sollte noch etwas Aktualität vorhanden sein und deshalb finden Sie auf Ihren Tischen ein kleines Quiz mit fünf Fragen vor, die Sie schriftlich beantworten können. Ich werde die Auflösung unter dem Traktandum Verschiedenes abgeben.

Wie Sie alle wissen, fanden vor zwei Wochen nationale und kommunale Abstimmungen statt. Ich habe mich daraufhin mit Beatrice Simon, Leiterin Dienstzweig Einwohnerdienste, unterhalten und ihr stellvertretend für andere Verwaltungsstellen einige Fragen zum Ablauf einer solchen Abstimmung gestellt. Zum Schlagwort: „Köniz wählt, Köniz stimmt ab“ einige Facts: Wussten Sie, dass das Einpacken der Couverts durch das Blinden- und Behindertenzentrum im Liebefeld erledigt wird? Je nach Anzahl der Beilagen arbeiten jeweils ca. 20 Personen während einer Woche dafür. Haben Sie gewusst, dass am Donnerstag und Freitag vor den Abstimmungen jeweils zwei bis drei Personen des Dienstzweigs Einwohnerdienste sowie fünf externe Personen sich mit dem Öffnen der Abstimmungscouverts beschäftigen? Sie erledigen Vorbereitungsarbeiten, es wird jedoch noch nicht ausgezählt. Haben Sie gewusst, dass pro Abstimmungslokal vier bis fünf Personen aufgebote werden müssen? Haben Sie gewusst, dass am Sonntag für das Auszählen sieben interne und fünf bis sechs aus der Bevölkerung aufgebotene Personen im Einsatz sind? Haben Sie gewusst, dass zuerst sämtliche Personen die Abstimmungszettel nach Ja, Nein und Ungültig sortieren müssen? Anschliessend kommt das Team von Frau Simon zum Zug, die Stimmzettel mit einer Banknotenzählmaschine auszuzählen. Haben Sie gewusst, dass das bei den total sieben nationalen und kantonalen Vorlagen 88'000 Stimmzettel waren? Das ist doch gewaltig. Haben Sie gewusst, dass am Abstimmungssonntag bereits um 13.30 Uhr die eidgenössischen Vorlagen übermittelt und ab 14.30 Uhr alle Resultate bereits online verfügbar waren? Das ist eine wahrlich tolle Leistung. Ich wusste dies alles nicht. Eine kleine Einheit unserer grossen Verwaltung hat zuverlässig und exakt für die Gemeinde und für uns alle gearbeitet. Das mit Überzeiten und Sonntagsarbeit.

In diesem Sinn und im Namen der SP-Fraktion nochmals herzlichen Dank an alle kleinen und grossen Einheiten in unserer Verwaltung. Ebenfalls geht unser Dank an die GPK für ihre Verwaltungsbesuche und die Zusammenfassung der interessanten und informativen Schwerpunktthemen. Wie bei einem Arztbericht unter Befund, fand man allgemeine Feststellungen und Eindrücke der GPK.

Die SP-Fraktion wird dem Verwaltungsbericht 2014 gemäss dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Ich übergebe eine Rose an die Protokollführerin, die nach der Operation am Sehnenfach des Daumens und am Karpaltunnel, nun wieder einsatzfähig ist, unsere immer länger werdenden Protokolle zu verfassen.

Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne): Auch die Fraktion der Grünen dankt der Verwaltung herzlich für die grosse Arbeit und für den Verwaltungsbericht. Vieles ist bereits gesagt worden, ich gehe nun auf den Anhang Zahlenteil ein, wo einiges Interessantes aufgeführt ist. Auf Seite 31 ist unter „Entwicklung im Wohnungsbau und in der Bevölkerungsstatistik“ zuunterst die Rubrik „Personen pro Wohnung“ zu finden. Lange hiess es, die Gemeinde Köniz müsse 100 Wohnungen pro Jahr bauen, damit die Einwohnerzahl konstant bleibt. Das war, weil die Anzahl Personen pro Wohnung von 2007 bis 2011 stetig zurückgingen. Hier ist nun aber eine Trendwende festzustellen: Die Anzahl Personen pro Wohnung ist leicht zunehmend. Die Steigerung ist minim, aber die Trendwende ist geschafft und deshalb müssen nicht mehr 100 Wohnungen pro Jahr neu realisiert werden, um die Einwohnerzahl konstant zu halten.

Ich weise auf Seite 50 auf die Rubrik „Geschwindigkeitskontrollen Kantonspolizei im Vergleich zu den Vorjahren“ hin. Hier musste ich mit Erschrecken feststellen, dass die Anzahl Übertretungen in Prozent im 2013 hochgeschneit sind. Man hat aber reagiert und vermehrt Kontrollen durchgeführt und auch hier kann festgestellt werden, dass die Anzahl Übertretungen leicht sinkt. Aus dieser Sicht plädiere ich für eine weiterhin hohe Anzahl an Kontrollen. Auf derselben Seite ist unter der Rubrik „Verkehrsmittel“ die Anzahl Unfälle mit Personenwagen aufgeführt. Für 2014 sind 64 Unfälle mit Personenwagen ausgewiesen, Unfälle mit Rad 29, was knapp die Hälfte ist. In dieser Rubrik sind auch die E-Bikes enthalten. Diese Rubrik müsste – wie Casimir von Arx bereits erwähnt hat – getrennt nach Rad und E-Bike aufgeführt sein. Seite 33 ist für mich die interessanteste, leider auch die unschärfste. Auf dem vorliegenden Plan ist die Verkehrsentwicklung im Zentrum von Köniz aufgeführt. Die Verkehrszahlen nehmen auf der rechten Seite des Plans, entgegen dem was gesagt wird, wirklich leicht ab. Auf der linken Seite im Bereich Turnierstrasse/Landorfstrasse ist ersichtlich, dass der Verkehr leicht zunehmend ist. Die Zunahme ist bei der Kreuzung Landorfstrasse/Schwarzenburgstrasse am grössten, dort wo die Poller aufgehoben worden sind. Über das Ganze gesehen kann festgehalten werden, dass in Köniz keine Verkehrszunahme festzustellen ist, sondern der Verkehr ist konstant. Wenn man den Plan ganz gut betrachtet, kann festgestellt werden, dass an drei Stellen der Radverkehr tatsächlich mitgezählt worden ist. Wenn man den Anteil Radverkehr am durchschnittlichen täglichen Gesamtverkehr ausrechnet, kommt man auf einen Prozentsatz von 5 bis 6 Prozent. Das ist relativ wenig.

Im Zahlenteil ist noch sehr viel anderes Interessantes enthalten, so hat z. B. der Anteil an erneuerbarem Strom, den die Gemeindeverwaltung verwendet, deutlich zugenommen, dass die Stickoxidgrenzwerte immer noch überschritten sind, usw.

Ich danke der Verwaltung für die Erarbeitung des Verwaltungsberichts mit Anhang. Die Fraktion der Grünen wird dem Verwaltungsbericht 2014 gemäss Antrag des Gemeinderats einstimmig zustimmen.

Fraktionssprecher Beat Haari (FDP): Auch die FDP-Fraktion wird dem Verwaltungsbericht 2014 einstimmig gemäss dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Wir danken an dieser Stelle der Verwaltung und den Gemeinderäten für die grosse Arbeit.

Gemeindepräsident Ueli Studer (SVP): Ich danke ihnen herzlich für die gute Aufnahme des Verwaltungsberichts 2014 und der GPK für die Prüfung desselben.

Der Verwaltungsbericht 2015 wird anders aussehen. Rechnung und Verwaltungsbericht werden in einen Dokument zusammengefasst. Das wurde Ihnen bereits angekündigt.

Wir werden den ausgesprochenen Dank gerne an unsere Verwaltungsleute weitergeben.

Ich bin froh, dass die GPK zur Kenntnis genommen hat, dass der Gemeinderat, wenn schon Verwaltungsbesuche durchgeführt und dazu Berichte geschrieben werden, gerne als Gesamtgremium eingeladen würde, damit man sich als Gesamtgemeinderat zu den Berichten äussern kann. Dies gemäss dem Vorgehen in der Finanzkommission.

Beschluss

Der Verwaltungsbericht 2014 wird genehmigt.
(Abstimmungsergebnis: Einstimmig)

5. 1501 Postulat (SP Köniz) "Stopp der berufsbildungsfeindlichen Praktikumskultur an Kindertagesstätten in Köniz"

Beantwortung und Abschreibung; Direktion Bildung und Soziales

Christoph Salzmann (SP): Vorab: Das Berufsbildungssystem ist dafür ausgelegt, dass nach der obligatorischen Schule direkt in einen Lehrberuf eingestiegen werden kann. Wer schulische Defizite hat oder solche bei der Arbeitskompetenz oder die Berufswahl noch nicht entschieden werden konnte, dem stehen Brückenlösungen zur Verfügung, wie das berufsvorbereitende 10. Schuljahr oder die Vorlehre. An drei Tagen pro Woche arbeiten die Jugendlichen und während Tagen besuchen sie den Schulunterricht. Das ist bei eigentlich allen Berufen der Fall, nur beim Beruf Fachfrau/Fachmann Kinderbetreuung nicht. Hier gilt die Regel, dass die Kitas Praktika ohne Schulanteil anbieten und die Absolvierung solcher für die Lehre voraussetzen. Dieses Ünding wird mit öffentlichen Geldern unterstützt oder zumindest toleriert. Das unterläuft klar die Strategie des Regierungsrats des Kantons Bern, den Direkteinstieg in die Lehre zu fördern.

Zum Vorstoss: Ich pflege jeweils bei parlamentarischen Vorstössen zuerst den Schluss zu lesen. Beim Lesen des vorliegenden Beschlussantrags des Gemeinderats war ich geschmeichelt. Der Gemeinderat beantragt, den Vorstoss erheblich zu erklären. Er gibt dem Thema somit eine gewisse Bedeutung. Er beantragt auch, den Vorstoss gleichzeitig abzuschreiben. Also ist schon viel geklärt und geprüft worden. Dachte ich. Beim Lesen der Antwort des Gemeinderats staunte ich aber und mit jeder Zeile mehr wurde mein Erstaunen grösser. Ich fragte mich, weshalb der Gemeinderat den Vorstoss nicht zur Ablehnung beantragt. Aber Achtung, im letzten Abschnitt verspricht der Gemeinderat, dass er noch dieses oder jenes abklären lassen will. Weshalb will er das Parlament in zwei Jahren nicht wissen lassen, was aus seinen Abklärungen geworden ist? Weshalb beantragt er die Abschreibung bereits heute? Das bringt mich ins Grübeln über die Motive und die Haltung des Gemeinderats. Ich unterstelle ihm nicht, dass er das Parlament mit dem Vorgehen einschläfern will.

Ich bitte das Parlament, der beantragten Erheblicherklärung des Postulats zuzustimmen, die vom Gemeinderat beantragte Abschreibung aber abzulehnen.

Einige Bemerkungen zur Antwort des Gemeinderats:

Erstens danke ich für die Aufklärung über die semantischen Feinheiten bei den unterschiedlichen Vorgaben der GEF und des Jugendamts für das Betreuungshilfspersonal. Die einen verlangen eine Eignung auf¹ Erfahrung und die anderen nur Eignung. Das trifft jedoch den Kern der Sache nicht. Zweitens sieht der Gemeinderat Vorteile in den Praktika, weil sie Berufsunentschlossenen eine gute Überbrückung ermöglichen und damit noch etwas verdient werden kann. Das ist in meinen Augen Schönfärberei. In den Praktika fehlen die Elemente Schulanteil und Berufswahlvorbereitung. Das stört mich und die SP-Fraktion. Ich weiss nicht wie gut der Gemeinderat über die Möglichkeit der Vorlehre orientiert ist, wenn ich das dazu Verfasste lese. Ich hätte einen Prospekt zur Hand. Drittens können nicht alle Praktika durch eine Lehrstelle ersetzt werden, weil die Anzahl zur Sicherung der Ausbildungsqualität in allen Ausbildungsreglementen oder Verordnungen begrenzt ist. Insofern kostet dies etwas; so müsste das Hilfspersonal anstatt mit 700 Franken/Monat mit zwischen 3'000 bis 3'500 Franken entlohnt werden. Die heutige Praxis kann man sich nur deshalb leisten, weil es sich um eine Frauenbranche handelt und ein Überangebot an Nachfrage für die Ausbildung besteht. Ärgerlich ist dabei, dass die öffentliche Hand – die Gemeinden und der Kanton – diese Praxis mit ihrem Finanzierungssystem noch unterstützen. Solches kann wirklich nur mit jungen Frauen angestellt werden. Ich frage mich, welche Auswirkungen dies auf die Betreuungsqualität hat, wenn sowohl die Zeit für die Ausbildung und zudem noch die Zeit für die Einarbeitung von 16-jährigen Praktikantinnen ohne Arbeitserfahrung aufgewendet werden muss. Praktikantinnen, die keine Garantie auf eine Lehrstelle haben, wechseln häufig in einen anderen Betrieb. Viertens lässt sich der Gemeinderat über die Auswirkungen auf den Kita-Markt aus, weil es angeblich zu Ungleichbehandlungen führt. Das sind Spekulationen. Hier sollten die Erfahrungen der Stadt Bern abgewartet werden, die in ihren eigenen Kitas keine solchen Praktika mehr anbieten.

Mir fehlt in der Antwort des Gemeinderats Folgendes: Erstens geht der Gemeinderat mit keinem Wort auf die Empfehlungen der Sozialpartner ein, die sich um die Ausbildungen der einzelnen Berufe kümmern, AvenirSocial und ODA Betreuung (Organisation der Arbeitswelt), die diese zu den Praktika abgeben. Zweitens erwähnt der Gemeinderat mit keinem Wort, dass im Grossrat 2013 ein Postulat mit ähnlicher Stossrichtung überwiesen worden ist (im Gemeinderat sitzen eine Grossrätin und zwei Grossräte). Die drei betroffenen kantonalen Direktionen arbeiten noch an der Antwort. Drittens könnten die Erfahrungen der Stadt Bern noch eingehender abgerufen werden.

Mein Fazit: Ich danke dem Gemeinderat, dass er diesem Thema Bedeutung zumisst und das Postulat positiv aufgenommen worden ist. Die Zeit für die Abschreibung ist jedoch noch nicht reif und das Postulat kann in meinen Augen noch nicht abgehakt werden. Die vorliegende Antwort hat noch Lücken und ist stellenweise oberflächlich. Ich bitte Sie deshalb, der vom Gemeinderat beantragten Abschreibung nicht zuzustimmen.

Fraktionssprecher Thomas Marti (Mitte-Fraktion): Die Postulats-Antwort des Gemeinderats erachten wir als differenziert, sie beleuchtet die verschiedenen Aspekte der Praktikumskultur bei den Kindertagesstätten. Die Mitte-Fraktion ist – wie der Gemeinderat – der Meinung, dass das Postulat erheblich zu erklären ist.

Aber: Praktika sind zweiseitige Schwerter. Einerseits vergünstigen Praktikumsplätze die Kinderbetreuung und sind gerade für kleinere, private Anbieter aus wirtschaftlicher Sicht überlebenswichtig.

¹ An dieser Stelle wurde bei der Genehmigung des Protokolls eine Änderung verlangt.

Würden Praktika verboten, würde dies einerseits die Betreuungskosten steigen lassen und andererseits würden viele kleinere Anbieter vom Markt verschwinden. Auf der anderen Seite ist die Praktikumskultur Gift für unser Berufsbildungssystem. Kindertagesstätten sind heute gewinnorientierte Unternehmen, einzelne werden immer grösser und bieten ihre Leistungen vermehrt auch über die Gemeindegrenzen hinaus an. Wenn nun die Gemeinde Köniz in dieser Situation vom Kanton abweichende strengere Regelungen fordert, würden damit die Kitas in der Gemeinde Köniz benachteiligt. Im Endeffekt müsste auch das wiederum durch die Nutzer bezahlt werden.

Wir erachten die Situation als komplex und wünschten uns in diesem Bereich eher eine kantonale Regelung. Die Mitte-Fraktion möchte die Diskussion über das Thema aber nicht bereits heute und hier abschreiben und somit auch auf die beantragte Abschreibung verzichten. Damit ist gewährleistet, dass das Parlament innerhalb der nächsten zwei Jahre über die aktuelle Entwicklung in diesem Gebiet auf den neuesten Stand gebracht wird.

Die Mitte-Fraktion wird der beantragten Erheblicherklärung des Postulats zustimmen, die vom Gemeinderat gleichzeitig beantragte Abschreibung jedoch ablehnen.

Fraktionssprecher Bernhard Bichsel (FDP): In diesem Bereich bin ich für einmal gleicher Meinung wie Christoph Salzmann. Zugegeben, der Vorstoss hätte auch als Motion eingereicht werden können. Er wurde als Postulat eingereicht, womit ein Bericht des Gemeinderats verlangt wird. Das vorliegende Postulat ist zwar beantwortet, aber aus Sicht der FDP-Fraktion liegt kein abschliessender Bericht vor. Dies deshalb nicht, weil der Gemeinderat in seiner Antwort gleich selber aufführt, was alles abzuklären ist. In einem Bericht müssen genau diese Antworten auf die Fragen, die der Gemeinderat hier noch aufgeworfen hat, enthalten sein. Deshalb kann das Postulat auch formell gesehen nicht abgeschrieben werden.

Wir starten hier bewusst noch nicht mit der inhaltlichen Diskussion, weil wir dies beim Vorliegen des Berichts tun möchten.

Aus diesem Grund wird die FDP-Fraktion der beantragten Erheblicherklärung des Postulats zustimmen, die vom Gemeinderat beantragte Abschreibung lehnen wir jedoch ab.

Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne): Die Fraktion der Grünen teilt die kritische Haltung bezüglich des Einsatzes von Praktikantinnen in Kitas. Es handelt sich um einen der wenigen Berufe – jedoch nicht um den einzigen – in welchen eine solche Vorpraktikumskultur herrscht. Wie im Antrag erwähnt, sind solche Praktika zwischen Schule und Lehre ohne schulische Bildung nicht vorgesehen, wenn auch erlaubt. Hauptgrund dafür sind nicht didaktische, sondern finanzielle Aspekte. Praktika von Schulabgängerinnen senken die Kosten für die Eltern und für die öffentliche Hand und dämpfen den Kostenanstieg aufgrund der Zunahme des Angebots. Das aber auf Kosten der Jugendlichen und vor allem auf Kosten junger Frauen. Sie haben weder die Sicherheit, eine Lehrstelle antreten zu können noch schulische Begleitung. Ich möchte jedoch nicht von einem verlorenen Jahr sprechen, wie im Bericht festgehalten. Die Vorteile des Praktikumsjahres, z. B. weniger Lehrabbrüche, würden auch für jeden anderen Lehrberuf gelten und bedeuten, dass solches in jedem Beruf angewendet werden kann. Das wäre sicher nicht sinnvoll.

Wir sehen aber auch die Problematik der Leistungserbringer. Die Kostenstrukturen, vorgegeben von der öffentlichen Hand, machen den Einsatz von Praktikantinnen fast zur Pflicht. Die Situation geht auf eine widersprüchliche Vorgabe des Kantons zurück. In der Berufsbildung ist nicht vorgesehen, mit dem ASIV wird davon ausgegangen, dass solche Praktikantinnen eingesetzt werden.

Der Gemeinderat hat seine Pflicht erledigt und die Situation geprüft. Die Fraktion der Grünen ist jedoch nur teilweise befriedigt von der Antwort des Gemeinderats. Wie erwähnt ist der Druck auf die Leistungserbringer sicher nicht einfach, aber möglich. Die Tendenz geht schweizweit weg vom Praktikumsjahr und deshalb ist es wichtig, auch hier daraufhin zu arbeiten. Wir sind überzeugt, dass mit weniger Praktika mehr Lehrstellen angeboten würden, wenn auch nicht von einem eins-zu-eins-Ersatz ausgegangen werden kann.

In der Antwort kommt die ambivalente Haltung des Gemeinderats zum Ausdruck. Aus unserer Sicht sollte sie klarer ausfallen. Eine Lösung auf kantonaler Ebene ist sicher am sinnvollsten. Aber auch lokaler Druck ist notwendig. In einem stark subventionierten Bereich darf und muss die öffentliche Hand eingreifen. Die Situation bezüglich der Praktikumskultur in der Gemeinde Köniz hat sich sicherlich verbessert, ist jedoch noch nicht dort wo sie sein sollte.

Die Fraktion der Grünen wird der beantragten Erheblicherklärung des Postulats einstimmig zustimmen, lehnt jedoch die vom Gemeinderat beantragte Abschreibung ab. Die Antworten des Gemeinderats bezüglich der Leistungserbringung sind in unseren Augen noch nicht ausgereift genug.

Fraktionssprecher Hans Moser (SVP): Die SVP-Fraktion betrachtet den vorliegenden Vorstoss etwas anders. Das Postulat ist in der Fraktion diskutiert worden und wir sind der Meinung, dass die Antwort des Gemeinderats richtig und gut ist.

Wir werden dem Antrag des Gemeinderats auf Erheblicherklärung und gleichzeitige Abschreibung zustimmen.

Zu erwähnen ist noch, dass die Praktikumsstellen gut für die Suche nach geeigneten Personen für diese Lehre sind, denn für die Erlernung dieses Berufes ist eine gewisse Eignung notwendig und diese kann anlässlich des Praktikums gefunden werden. Das konnten wir dem Bericht entnehmen und wir danken dem Gemeinderat für die Antwort. Dass er noch Abklärungen vornehmen will, ist in unseren Augen ebenfalls richtig.

Fraktionssprecher Ueli Witschi (BDP): Die BDP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats auf Erheblicherklärung und gleichzeitige Abschreibung des Postulats zustimmen.

Wir halten aber auch fest, dass wir die im Postulat beschriebenen Verhältnisse, aus denen herausgelesen werden kann, dass Praktikantinnen primär dafür eingesetzt werden, die Kosten tief zu halten, nicht billigen. Wir verstehen auch die Reaktion von Christoph Salzmännli, der mit dem Postulat knapp keine Motion eingereicht hat, eigentlich aber eine Antwort auf eine Interpellation erhalten hat.

Weshalb unterstützen wir die beantragte Abschreibung trotzdem? Erstens sind trotz den Vorbehalten von Christoph Salzmännli Praktikumsstellen aus unserer Sicht eine Chance, auch wenn sie keine Garantie für eine Lehrstelle sind. Zweitens sind wir der Meinung, dass die Regulungsdichte in diesem Bereich doch relativ hoch ist. Drittens ein allgemeines Argument: Wir sind bis jetzt davon ausgegangen, dass sich die eher sozial geprägte Branche nicht dunkelstem Kapitalismus verschrieben hat und man darf davon ausgehen, dass sie ohne parlamentarische Winke mit dem Zaunpfahl faire Bedingungen für ihre Mitarbeitenden schafft.

Aus diesen Überlegungen und weil mehr Abklärungen nicht zwingend eine Wirkung nach sich ziehen, entlasten wir die Verwaltung vom Schreiben weiterer Berichte. Wir weichen hier nicht vom Prinzip der Eigenverantwortlichkeit ab und möchten keinen Beitrag zur Erhöhung der Regulungsdichte leisten.

Gemeinderat Thoms Brönnimann (GLP): Ich danke für die differenzierte Diskussion. Es zeichnet sich ein Prüfungsauftrag für den Gemeinderat ab, den er annimmt.

Einige Worte zur Antwort: Die Antwort ist in der Tat nicht einfach zu lesen. Es ist auch der Ausdruck gefallen, man spüre die ambivalente Haltung des Gemeinderats. Jan Remund hat darauf hingewiesen, dass die Problematik in den Vorgaben an die Leistungserbringer in der ASIV liegt. Ich persönlich hoffe, dass diese demnächst revidiert wird, unter anderem in diesem Bereich. Der Regierungsrat hat die Revision bereits länger in Aussicht gestellt, verschiebt sie jedoch immer wieder.

Ich danke den Votanten Jan Remund und Christoph Salzmännli, die anerkannt haben, dass ein Herunterfahren von Praktika-Stellen nicht dazu führen wird, dass diese eins zu eins durch Lehrstellen ersetzt werden. Würde solches suggeriert, wäre das Schönfärberei.

Für uns ist das Ziel des Vorstosses schwierig. Man spürt die Motivation für die Schaffung von mehr Lehrstellen. Wir konnten in unserer Antwort aufzeigen, dass der grösste Anbieter in der Gemeinde, die Kibe Region Köniz, in den letzten Jahren Fortschritte machte. Das wurde auch gewürdigt. Ich erlaube mir, nochmals darauf hinzuweisen, dass es für die kleineren Anbieter in diesem Markt, in dem je länger je mehr auch gemeindeübergreifend gewirtschaftet wird, ohne die Möglichkeit von Praktika schwierig werden könnte. Man muss sich bewusst sein, dass heute Eltern ihre Kinder nicht mehr unbedingt in der Wohngemeinde in eine Kita geben. Solches direkt in einer Leistungsvereinbarung festzulegen, ist deshalb aus meiner Sicht die falsche Ebene. Man wäre hier besser beraten, dies auf Kantonsebene zu verfolgen. Das Postulat im Grossrat ist mir bekannt, ich habe es unterstützt.

Ein Abschlusswort: Der Motionär hat auf die Empfehlungen von AvenirSocial hingewiesen. Diese Empfehlungen werden von den grossen Leistungserbringern auch je länger je mehr eingehalten. Mir ist neu, dass die Stadt Bern sich radikal dazu entschieden hat: Keine Praktika ohne Anschluss.

Beschluss

Das Postulat wird erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: Einstimmig)

Beschluss

Das Postulat wird nicht abgeschlossen.

(Abstimmungsergebnis: 10 für Abschreibung, 21 dagegen)

6. 1503 Motion (Grüne, GLP, BDP) "Radhauptachse Köniz-Bern-Ostermundigen"

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Das Zentrum von Köniz hat in Bezug auf den Verkehr ein Platzproblem. Die Verkehrsfläche ist beschränkt und die Grundfrage für die Lösung der Verkehrsprobleme ist: Wie können mehr Personen mit dem gleichen Platzangebot transportiert werden? Der Flächenverbrauch der Verkehrsmittel ist anlässlich der Agglomerationstagung im letzten November in einer Studie präsentiert worden: Ein Auto benötigt 115 m² pro Person, Tram und Bus brauchen 12 m², ein Rad 10 m² und zu Fuss Gehende noch 3 m². Sie sehen, dass ein Rad ca. 11 Mal weniger Platz braucht als ein Auto. Vorhin haben wir festgehalten, dass der Radanteil am durchschnittlichen täglichen Verkehr auf den Könizer Strassen 5 bis 6 Prozent beträgt. Gemäss Raumentwicklungskonzept wäre das Ziel je ein Drittel Auto, öV und Rad. Das heisst mit anderen Worten, jeder öV-Benutzer der auf das Rad umsteigt, macht Platz im öV und jeder Autobenutzer, der auf das Rad umsteigt, schafft Platz auf den Strassen.

Es stellt sich nun die Frage, weshalb nicht mehr Personen aufs Rad umsteigen. Dazu gibt es, neben der Bequemlichkeit, eine wichtige Antwort: Für viele ist Radfahren zu gefährlich. Das ist auch aus dem Zahlenteil des Verwaltungsberichts ersichtlich: Obwohl der Radanteil nur 5 bis 6 Prozent beträgt, betreffen 25 Prozent aller Unfälle Velos. Will man Radförderung betreiben, sind dafür sichere Radrouten nötig, die trotzdem direkt und schnell sind. Damit Radrouten auch genutzt werden, sind drei Anforderungen notwendig: Die erste ist die Sicherheit. Auf Hauptstrassen sind zwar Radstreifen vorhanden. Diese enden jedoch immer genau dort wo sie am nötigsten wären, dort wo es eng wird. Deshalb ist es wichtig, Radrouten auch auf Nebenstrassen zu suchen, wo weniger Autos verkehren. Es gibt solche Radrouten, eine finden Sie in der Begründung der Motion. Es ist auch wichtig, dass die Radrouten nicht unmittelbar neben einer Buslinie realisiert werden. Die zweite Anforderung: Diese Routen müssen schnell sein. Was bedeutet schnell mit dem Rad? Es bedeutet, dass kontinuierlich gefahren werden kann. Die Routen müssen so gelegt werden, dass möglichst wenige Rotlichter oder Barrieren vorhanden sind. Wichtig ist auch, dass möglichst nur kleine Steigungen vorhanden sind. Die dritte Anforderung: Die Route muss dort realisiert werden, wo das grösste Potenzial vorhanden ist. Deshalb ist es wichtig, mit dieser Route zu beginnen.

Mit der Motion verlangen wir das Vorgehen, dass gemeinsam mit den Gemeinden Bern und Ostermundigen und mit der kantonalen Fachstelle für Radverkehr geplant und umgesetzt werden soll. Aus der Antwort des Gemeinderats ist die bereits angegangene Planung ersichtlich, jetzt ist es an der Zeit, die Umsetzung anzugehen. Die Route soll signalisiert werden und in erster Linie und mit Priorität sollen die Gefahrenstellen entschärft werden. Tut zweitens das Richtige und spricht darüber: Man muss die Bevölkerung auf die Route aufmerksam machen. So kann z. B. in den Bussen Werbung für die Radroute gemacht werden: „Genug vom überfüllten Bus? Nimm das Rad!“ Drittens soll die Route verbessert und ausgebaut werden, was unter Umständen viel Geld kosten kann. Diese Verbesserungen und der Ausbau müssen deshalb ins Agglomerationsprogramm aufgenommen werden.

Eine Bemerkung: Es ist kein Radfahrender gezwungen diese Route zu nehmen. Wer neu auf das Rad umsteigt, wird froh sein, wenn er den Wegweisern nachfahren kann. In Kopenhagen führte genau das Modell sternförmiger Routen ins Zentrum zum Erfolg. Auf der meistbefahrenen Route verkehren im täglichen Durchschnitt 30'000 Radfahrende. Wenn in Köniz nur ein Zehntel davon erreichen würde, wäre man annähernd bei der Kapazitätssteigerung die das Tram gebracht hätte.

Fazit: Das Rad ist platzsparend, schnell, energiesparend und Co₂-neutral, leise und gesund. Radförderung schafft eine fünffache Win-Situation. Es handelt sich somit um gut investiertes Geld und ich danke dem Gemeinderat für den Antrag auf Erheblicherklärung der Motion. Ich danke ebenfalls für die ausführliche Antwort, in der alle Grundlagen aufgelistet sind.

Die Fraktion der Grünen bittet Sie, der beantragten Erheblicherklärung der Motion zuzustimmen.

Beat Haari hat die Parlamentssitzung verlassen, somit sind noch 30 Parlamentsmitglieder anwesend.

Fraktionssprecher Bernhard Bichsel (FDP): Zu Hansueli Pestalozzi: Ich fahre nicht Co₂-neutral Rad, weil ich für das Radfahren atmen muss.

Die FDP-Fraktion fragte sich, um was es bei der vorliegenden Motion geht. Geht es um eine Alternative zur gescheiterten Tramlinie 10 oder um die Verbesserung der Verkehrssituation für die Radfahrenden? Wir sind zum Schluss gekommen, dass die vorliegende Motion in beiden Fällen ein ungeeignetes Mittel ist. Lassen Sie mich das in Bezug auf den Ersatz für die Tramlinie 10 wie folgt begründen: Die vorliegende Forderung ist sehr detailliert und aus unserer Sicht fast eine Überreaktion zum Tram-Nein. Die Tramlinie kommt nicht, also machen wir's mit dem Rad. In unseren Augen ist die Motion eine losgelöste Einzelaktion. In Zentrum von Köniz brauchen wir nun dringend ein Gesamtverkehrskonzept, in welchem das Rad sehr wohl eine tragende und zentrale Rolle spielen kann. Das muss jedoch eingebettet passieren und nicht als Einzelaktion. Es kann auch mit den Worten der SP-Fraktion gesagt werden: Ein Konzept für alle statt für Wenige. Auch wenn es den Motionären um eine Verbesserung der Situation der Radfahrenden geht, scheint uns dazu die Motion aus folgenden Überlegungen ungeeignet: Die Motion bindet relativ viele Mittel auf der Achse Schliern-Ostermundigen, d. h. auf nur einer Achse. Viel sinnvoller wäre eine punktuelle Verbesserung auf dem gesamten Gemeindegebiet bei den bekannten Brennpunkten. Ich fahre jeden Tag mit dem Rad und wir wissen alle, dass die Radsituation nicht optimal ist. Sie ist aber nicht nur entlang einer Achse suboptimal, sondern es bestehen viele punktuelle Probleme. Will man die Sicherheit erhöhen, muss dies punktuell an die Hand genommen werden.

Ich fasse zusammen: Aus Sicht der FDP-Fraktion ist die Motion sowohl als Ersatz für die Tramlinie 10 wie auch als Verbesserung für die Radfahrenden ungeeignet. Wir brauchen eine Gesamtverkehrsschau, von welcher das Rad ein Teil ist.

Aus diesen Gründen wird die FDP-Fraktion die vom Gemeinderat beantragte Erheblicherklärung ablehnen.

Fraktionssprecher Andreas Lanz (BDP): Die BDP-Fraktion ist sehr erfreut, dass die Motion bei Gemeinderat und Verwaltung auf offene Türen stösst. Wir werden dem Antrag des Gemeinderats auf Erheblicherklärung einstimmig zustimmen.

Bei uns gab es bereits vor der Einreichung der Motion vertiefte Diskussionen, ob es richtig ist, eine Motion zu einem Einzelaspekt der Verkehrsplanung einzureichen oder ob das Thema Radhauptachse und Radverkehr im Rahmen eines Gesamtverkehrskonzepts angegangen werden müsse. Betrachtet man die Grössenordnung aus finanzieller Sicht – ich nehme als Beispiel eine Tramverbindung von der Gemeindegrenze bis nach Schliern: Diese hätte vielleicht 100 Millionen Franken gekostet, die Radhauptachse kostet ca. 1 Million Franken. Wir sprechen hier von einer ganz anderen Grössenordnung. Zudem kann davon ausgegangen werden, dass mit der Realisierung einer Radhauptachse keine oder höchstens marginale Präjudizen für eine künftige Gesamtverkehrslösung geschaffen werden. Plakativ ausgedrückt halte ich fest: Wir brauchen kein Gesamtverkehrskonzept für Westeuropa, um in Köniz drei neue Radwegweiser aufzustellen.

Ich spreche kurz ein anderes Thema an: Der Gemeinderat bringt in seiner Antwort gewisse Vorbehalte betreffend der Umsetzung der Radhauptachse in Bern und in Ostermundigen an. Dass er keine verbindliche Zusage machen kann, dass diese Route in Bern und in Ostermundigen weitergeführt wird, ist klar. Für uns ist wichtig, dass die Achse nicht an der Gemeindegrenze Bern endet, sondern dass Gemeinderat und Verwaltung zusammen mit der Stadt Bern nach sinnvollen Lösungen suchen. Bern sieht sich gern als Velostadt und deshalb wird der Gemeinderat mit seinem Anliegen sicher nicht auf taube Ohren stossen.

Fraktionssprecher Christian Roth (SP): Die SP-Fraktion unterstützt die vorliegende Motion und wird der vom Gemeinderat beantragten Erheblicherklärung zustimmen.

Sie bedauert jedoch – hier liegt der Grund weshalb die Motion von der SP-Fraktion nicht einheitlich erheblich erklärt wird –, dass sie in einer zu engen Form daherkommt. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass in der Motion in erhebliches Teilen ein Netzdenken fehlt und dass sie zu detailliert ist. Die Radfahrenden sind nicht nur via Köniz- oder Schwarzenburgstrasse nach Bern und Ostermundigen unterwegs, sondern sie nutzen die Flexibilität des Rads, um zu ihren Arbeitsplätzen in Bümpliz, Bethlehem oder in die Länggasse zu gelangen. Davon ist in der Motion leider nicht die Rede. Die SP-Fraktion teilt aber durchaus die Meinung der Motionäre, dass beim Radverkehr noch mehr Potenzial vorhanden ist. Deshalb haben viele Fraktionsmitglieder den Vorstoss mitunterzeichnet.

Potenzial sieht die SP-Fraktion aber vorab darin, Autofahrende zum Umsteigen auf die Radmobilität zu gewinnen. Das Rad hat bekanntlich einige Vorteile: Es ist im Agglomerationsverkehr rasch und flexibel, es braucht wenig Platz, kennt wenige Parkplatzprobleme und ist umweltschonend unterwegs. Ob allerdings das Potenzial, viele öV-Nutzende auf das Rad zu bringen, ebenfalls gross ist, da hat die SP-Fraktion gewisse Zweifel. Dazu muss man sich nur einmal mit jungen Leuten unterhalten, die den öV unter anderem deshalb sehr schätzen, weil sie während dem Fahren mit ihren Kolleginnen in Kontakt sein, einen Film schauen oder ihr Smartphone bedienen können. So argumentierte unser Sohn gestern Abend. Entsprechend kann den Statistiken entnommen werden, dass gerade bei dieser Altersgruppe der Radnutzungsanteil leider sinkt. Es braucht also noch erhebliche Anstrengungen, um weitere Könizerinnen und Könizer für die Radnutzung zu ermuntern und dabei auch die Nachfolgegeneration im Auge zu behalten.

Die Erstellung einer Radwegverbindung zwischen der Muhlern- und der Stapfenstrasse ist ein wichtiger Meilenstein dazu. Es ist erfreulich zu hören, dass die Verbindung und weitere Radprojekte beim Fonds für Agglomerationsverkehr eingegeben worden sind und es steht der Gemeinde Köniz gut an, wenn die Zusammenarbeit in der Frage Radförderung mit den Gemeinden Bern und Ostermundigen gesucht wird. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass dem Gemeinderat in der Umsetzung die notwendige Flexibilität für die Findung von Lösungen mit den Partnergemeinden gewährt werden muss.

Fraktionssprecher Thomas Verdun (SVP): Das Geschäft wurde in der SVP-Fraktion ausführlich, hitzig und aus verschiedenen Sichtweisen diskutiert. Das ist gut so.

Die SVP-Fraktion hat sich zu diesem Geschäft nicht gefunden und deshalb haben wir uns auf Stimmfreigabe geeinigt. Grossmehrheitlich wird die vom Gemeinderat beantragte Erheblicherklärung der Motion von der SVP-Fraktion abgelehnt.

Ich komme auf zwei, drei mir wichtige Punkte zurück. Zu Hansueli Pestalozzi: Die grundsätzliche Idee, die Förderung des Radverkehrs, ist in unseren Augen eine gute Sache und es ist notwendig, dass in diesem Bereich Massnahmen realisiert werden. In der Motion sind jedoch Punkte enthalten, die in unseren Augen hinken. Einerseits ist der Vergleich mit dem Ausland, z. B. mit Kopenhagen oder vielen Städten in den Beneluxländern in meinen Augen nicht ganz richtig, denn die Topografie dieser Städte ist flach. Das ist in der Schweiz nicht so und deshalb wird die Routenführung nicht einfach sein. Auch die Strassenprofile sind in diesen Ländern anders. Die Schweiz hat ein Platzproblem. Die vorgeschlagene Radroute ist so eng eingeschnürt, dass sie von uns nicht unterstützt werden kann.

Wichtig ist mir ausserdem der Aspekt Sicherheit. Von dem sehr hohen Prozentanteil an Radunfällen gemäss dem Zahlenteil des Verwaltungsberichts, muss die Schuldfrage leider sehr oft den Radfahrenden zugewiesen werden. Ich selber fahre auch mit dem Rad und stelle fest, dass das Radfahren in Köniz nicht gefährlich ist, es sind aber einige Stellen vorhanden, wo man sehr konzentriert fahren muss. Ich stelle jedoch fest, dass sehr viele verantwortungslos Radfahren. An diesem Punkt könnte angesetzt und Kampagnen realisiert werden, die auf sicheres Radfahren aufmerksam machen: Die Hand beim Abbiegen ausstrecken, den Seitenblick machen, bei Rot stehen bleiben, erst bei Grün fahren, usw. Zur von Hansueli Pestalozzi vorgeschlagenen Werbung im Bus, dass man das Rad nehmen soll: Ich kann mir nicht vorstellen, dass Bernmobil in den eigenen Bussen Werbung für den Umstieg auf das Rad machen würde. Wir verstehen aber, was damit gemeint ist.

Das in der Motion vorgeschlagene ist für uns alles etwas zu eng gefasst und geht uns zu weit. Wir denken jedoch, dass das Aufgegleiste eine gute Sache ist, mit dem weitergefahren werden soll.

Fraktionssprecher Casimir von Arx (Mitte-Fraktion): Die Mitte-Fraktion dankt dem Gemeinderat für seine Unterlagen und hat Freude, dass er die Einrichtung einer Velohauptachse Köniz-Bern-Ostermundigen unterstützt. Wir stimmen der vom Gemeinderat beantragten Erheblicherklärung der Motion einstimmig zu.

Als Ergänzung zu den Ausführungen des Gemeinderats bringen wir zwei Anliegen an: Erstens soll bei den weiteren Arbeiten das Potenzial für Konflikte zwischen Rad und E-Bikes berücksichtigt werden. Zweitens soll bitte daraufhin gewirkt werden, dass die Radachse auf der gesamten Länge – auch ausserhalb der Gemeinde Köniz – nicht zu kompliziert verläuft. Im Votum von Mathias Rickli zum Verwaltungsbericht konnten wir hören, dass die Behörden für die Verkehrsplanung zuständig sind. Den Unterlagen des Gemeinderats können wir entnehmen, dass für eine Radroute auf Könizer Boden von verschiedenen Behörden bereits einiges aufgegleist worden ist. Vielleicht sollte ich hier anstelle von aufgegleist festhalten:

Die Behörden sind schon einige Male in die Pedale getreten, jetzt wäre es an der Zeit in einen höheren Gang zu schalten. Mit Radrouten hat es oft die Bewandnis, dass viel geplant ist, die Umsetzung jedoch nicht vorankommt, weil die Prioritäten bei anderen Verkehrsmitteln gesetzt werden.

Auch bei der vorliegenden Motion hat der Gemeinderat bereits angemeldet, dass sie nicht in zwei Jahren erfüllt werden könne. Das ist verständlich, weil die zweite Phase gemäss der Begründung der Motion grössere bauliche Massnahmen beinhaltet. Die erste Phase hingegen, wo es nur um Signalisationen, Verkehrsmanagement und Kleineres geht, sollte nicht viel mehr als zwei Jahre in Anspruch nehmen.

Wir haben gelesen, dass der Gemeinderat und der Kanton bereits die Absicht haben, eine Radroute von Köniz nach Bern zu realisieren. Deshalb ist ein Ja zu der vorliegenden Motion aus meiner Sicht weniger eine grundsätzlich neue Idee, sondern vielmehr ein Zeichen an den Gemeinderat, dem Vorhaben nun erhöhte Priorität beizumessen. Das Zeichen wäre besonders deutlich, wenn es vom Gesamtparlament kommen würde. Vielleicht können die FDP- und die SVP-Fraktionen ihre Entscheidung nochmals überdenken. Einen entscheidenden Vorteil hat die Veloachse zweifellos auch aus Ihrer Sicht: Es handelt sich um ein überkommunales Projekt und somit definitiv um keinen Velo-Alleingang.

Hansueli Pestalozzi (Grüne): In Bezug auf das Stichwort CO₂-neutral im Votum von Bernhard Bichsel: Es ist nicht gut, einem Biologen zu sagen, man fahre nicht CO₂-neutral mit dem Rad, weil man atmen müsse. Isst man Reis, Kartoffeln oder Gemüse, haben diese Pflanzen genau so viel CO₂ gebunden wie wieder ausgeatmet wird. Es handelt sich um ein absolutes Nullsummenspiel.

Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass vor der Realisierung einer Veloachse, ein Gesamtverkehrskonzept erarbeitet werden soll. Wenn ich ein solches gefordert hätte, wäre dies mit den Worten kritisiert worden, man solle jetzt nicht planen, sondern umsetzen. Mich erstaunt es, vonseiten der FDP-Fraktion zu hören, dass zuerst geplant und dann erst realisiert werden soll. In der Antwort des Gemeinderats ist festgehalten, wie viel auf kantonaler, auf überregionaler und auf Gemeinde-Ebene bereits geplant worden ist. Der Planung ist nun genug, jetzt geht es um die Umsetzung. Wird umgesetzt, ist das immer noch kein Widerspruch, denn ein Gesamtverkehrskonzept kann, wie von Andreas Lanz erwähnt, immer noch erstellt werden. Kritisiert wurde auch, dass viele Mittel auf einer einzigen Veloachse gebunden werden. Ich verstehe die Motion explizit als Pilotprojekt. Es soll nun einmal mit der Signalisierung einer Velohauptachse begonnen und damit Erfahrungen gesammelt werden. Wenn diese erfolgreich sind, können eine zweite und eine dritte Veloachse signalisiert werden, jedoch nur dort, wo überhaupt Bedürfnisse bestehen.

Andreas Lanz teilte seine Befürchtung mit, dass die Radroute an der Gemeindegrenze enden könne. Um genau dies zu verhindern, sind gleichlautende Motionen im Stadtrat von Bern, wie auch Parlament von Ostermündigen eingereicht worden. Das Könizer Parlament behandelt diese Motion nun als erstes. Diese beiden Gemeinden werden denselben Auftrag erhalten, wie die Gemeinde Köniz, sofern der Vorstoss erheblich erklärt wird.

Zu Christian Roth, der auf fehlendes Netzdenken hinwies: Die Veloachse Köniz-Bern-Ostermündigen soll ein Pilotprojekt sein, aus welchem sich weitere entwickeln können, damit ein Velostrassennetz entstehen kann. Anstatt jedoch ein Netz planen, das nicht umgesetzt wird, soll nun irgendwo einmal mit der Umsetzung begonnen werden.

Zu Thomas Verdun, der gesagt hat, dass sich die erwähnten Beispiele alle in flachen Städten befinden. Wenn ich mich umschaue, ist ungefähr jedes zweite Rad bereits ein E-Bike, womit die Topografie kein Problem mehr sein sollte. In Bezug auf das Strassenprofil: Wenn mein Vorschlag genau betrachtet wird, wie mit dem Rad nach Bern gefahren werden kann, kann festgestellt werden, dass die Route vorwiegend durch verkehrsarme Nebenstrassen führt.

In der Stadt Bern gibt es die Velooffensive, wo mit dunkelrot eingefärbten Abbiegespuren auf den Strassen auf die Veloförderung aufmerksam gemacht wird. Ich bin sehr froh um diese rot eingefärbten Flächen und fühle mich subjektiv sicherer. Ich hoffe, dass auch in der Gemeinde Köniz die Radförderung sehr schnell sichtbar sein wird.

Bernhard Bichsel (FDP): Wenn der Biologe dem Ingenieur etwas erklärt, hakt der Ingenieur nach: Hansueli Pestalozzi ist klar, dass weder der Anbau noch der Transport von Lebensmitteln CO₂-neutral erfolgen und das muss korrekterweise in die Gesamtbetrachtung einbezogen werden.

Ich nehme Replik auf einen Punkt von Hansueli Pestalozzi: Er hält fest, dass die FDP-Fraktion anstatt umsetzen, eher planen wolle. Das ist jedoch nicht unsere Idee. Seit dem Nein zur Tramlinie 10 besteht jedoch die Frage, wie es weitergeht. Das muss nun in einem Gesamtkonzept aufgezeigt werden. Das ist uns wichtig. Wir wollen nicht für X Millionen Franken Pläne erstellen lassen.

Ebenfalls nehme ich hier Replik auf zwei Punkte aus dem Votum von Andreas Lanz: Es geht nicht nur um die Mittel, welche die Realisierung der Velohauptachse auslösen würde, sondern vielmehr könnte die Routenführung ein Präjudiz oder eine Einschränkung sein, die eine Gesamtschau einengen würden. Zum Begriff „drei Wegweiser“: Wenn die vorliegende Motion nur drei Wegweiser bewirkt, verstehen wir unter dem Begriff Velohauptachse definitiv nicht dasselbe.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke für die spannende Diskussion zum Thema Velohauptachse Köniz-Bern-Ostermundigen.

Der Gemeinderat hat an seiner Pressemitteilung vom Februar 2015 festgehalten, dass er die Velohauptachse von Schliern-Köniz-Liebefeld bis zum Eigerplatz prioritär behandeln will. Er setzt alles darauf. Ich halte hier fest, dass wir diese Route bisher nicht als prioritär betrachtet haben, weil wir damit rechneten, dass mit der geplanten Tramlinie 10 einiges für die Radfahrenden realisiert wird, wie z. B. die Verbindung Muhlernstrasse-Stapfenstrasse. Auf dieser Route war eine Baupiste geplant, aus welcher anschliessend eine definitive Radroute hätte entstehen können. Wir setzen nun alles daran, diese Radachse zu realisieren.

Kritisiert worden ist das Fehlen einer Gesamtschau. Im Richtplan Raumentwicklung Gesamtgemeinde sind jedoch vier Pläne enthalten, je einer für das Rad, für den Langsamverkehr, für den MIV und den öV. Dort ist eine Gesamtschau für die Gemeinde Köniz abgebildet, die aufwärts mit den Instrumenten von Region und Kanton kompatibel ist. Ich persönlich würde diese Projekte gerne rascher umsetzen können. Ich bringe hier drei Beispiele an, weshalb oft lange auf die Realisierung gewartet werden muss: Es war vorgesehen, den Weg von Schlatt nach Oberscherli im Zusammenhang mit den Wasserleitungssanierungen auf 2.50 Meter zu verbreitern. Wir sind am Widerstand der Landeigentümer gescheitert. Vom Gurtenbühlquartier war ins Areal Gurtenbrauerei die Realisierung einer Radverbindung vorgesehen, was einem langjährigen Wunsch der Quartierbewohnenden entsprochen hätte. Herausgekommen ist eine immens teure Lösung, weil es sich beim Hang zwischen Gurtenbühl und Gurtenbrauereiareal um einen Rutschhang handelt und für die Radverbindung Pfählungen notwendig gewesen wären. Das hätte Kosten von fast 1 Million Franken ausgelöst. Im Wangental ist vorgesehen, die parallel führende Radroute, die bereits von Thörishaus nach Oberwangen existiert, entlang der Autobahn weiterzuführen. Auf der Strecke von Thörishaus nach Oberwangen sind gewisse Gefahrenstellen bereits entfernt worden. Der Feldackerweg in Oberwangen ist ein Privatweg und die Route müsste entlang der Autobahn geführt werden, was Verhandlungen mit vielen Grundeigentümern auslöst. Das verlangsamt auch diese Realisierung. Vorgesehen war auch die Realisierung eines Parallelwegs zur Riedmoosstrasse in Niederwangen; auch das scheiterte an den Grundeigentümern. Ohne diese Schwierigkeiten wären bereits vier Planungen umgesetzt. Wollen wir für die vorgesehene Radroute im bebauten Raum gewisse Hindernisse, wie z. B. die Ausbuchtung vis-a-vis des Jugendtreffs entlang der Schwarzenburgstrasse, ist dafür ein Bauprojekt notwendig. Auch das braucht Zeit. Zu gewärtigen sind im Fall eines Baugesuchs ausserdem Einsprachen. Schnelle Realisierungen sind nicht immer einfach möglich.

In Bezug auf ein schnelles Vorwärtskommen auf Quartierstrassen: Wir selber unterscheiden zwischen schnellen Alltagsrouten entlang der Hauptachsen und zwischen den sogenannten Freizeitrouten welche durch die Quartier führen und aus der Sicht einiger etwas sicherer sind. Eine Route von der Stapfenstrasse zum Steinhölzliwald ist vorbereitet. Diese Route wird durch das Gelände der Bundesbauten im Liebefeld führen. Sie ist lange schon geplant und wird im Herbst realisiert sein. Auch hier hörte ich bereits Stimmen aus den Quartieren, dass die schnellen Radfahrenden nicht erwünscht sind, weil es sich um eine Tempo-30-Zonen handelt und auf den Quartierstrassen Kinder spielen. Die Festlegung von Routen durch Quartiere ist ebenfalls keine einfache Sache.

Nichtsdestotrotz sind wir daran. Wir führen Gespräche mit der Stadt Bern und der Gemeinde Ostermundigen. Wir setzen alles daran, die Velohauptachse Köniz-Bern-Ostermundigen zu realisieren. Ob genau die von Hansueli Pestalozzi vorgeschlagene Route wirklich realisiert wird, kann noch nicht gesagt werden, sicher aber die im Richtplan enthaltene Route, die mit der Stadt Bern kompatibel ist.

Zu den von Hansueli Pestalozzi erwähnten Zahlen: Dass ein Auto 115 m² pro Person braucht, Tram und Bus 12 m², ein Rad 10 m² und zu Fuss Gehende noch 3 m², sind für mich interessante Zahlen. Hansueli Pestalozzi will vor allem, dass öV-Benützer den Umstieg auf das Rad vollziehen. Bei meiner Radfahrt von zu Hause an die Parlamentssitzung herrschte ein grosser Stau. In jedem Auto jedoch, in das ich hineinschaute, sass nur eine Person. Im Zentrum von Köniz werden täglich 16'000 Fahrten gemessen, was insgesamt 48'000 Leerfahrten durch das Zentrum ausmacht. Dieses Thema könnte ebenfalls einmal näher betrachtet werden. Wenn man sich vorstellt, dass jedes Auto 115 m² benötigt, macht dies das Ganze noch erschreckender.

Der langen Rede kurzer Sinn: Der Gemeinderat ist bereit, die Motion erheblich erklären zu lassen. Gespräche mit den Gemeinden Bern und Osterundigen laufen bereits. Wie schnell wir vorankommen, vor allem in Bezug auf das, was über die Gemeinde Köniz hinausgeht, kann zurzeit noch nicht gesagt werden. In zwei Jahren werden wir Ihnen einen Standortbericht vorlegen und ich hoffe, dass dazumal erste Massnahmen bereits realisiert sind.

Beschluss

Die Motion wird erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: 19 Stimmen für Erheblicherklärung, 9 Stimmen dagegen)

7. 1507 Interpellation (BDP Köniz) "Transparenz in Sachen Kommissionen der Gemeinde Köniz"

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Ueli Witschi (BDP): Ich verlange Diskussion.

Da mehr als 10 Parlamentsmitglieder zustimmen, wird Diskussion gewährt.

Ueli Witschi (BDP): Die BDP-Fraktion erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als befriedigt. Dies weil es sich um eine offene Antwort handelt, um eine gute Situationsbeschreibung und weil sich der Gemeinderat bereit erklärt hat, auch die angefragten Kommissionen neu im Behördenverzeichnis zu führen.

Trotzdem einige Bemerkungen zu den Antworten des Gemeinderats. Der Antwort kann entnommen werden, dass das Ziel dieser Kommissionen die politische Konsolidierung sei. Wir interpretierten dies folgendermassen: Will man etwas politisch konsolidieren, sollte auf eine ausgewogene Zusammensetzung der Kommissionen geachtet werden. Betrachtet man jedoch die Zusammensetzung dieser Kommissionen, kann kein dieser Zielsetzung entsprechendes Muster erkannt werden. In den Kommissionen haben Mitglieder von Ortsvereinen, Interessengesellschaften und politischen Parteien Einsitz. Auch geografisch sind Ungleichheiten vorhanden, so haben z. B. in der Kommission Liebefeld, Personen aus Schliern Einsitz.

Wir merken ausserdem noch den Punkt Schweigepflicht der Kommissionen an. Für uns hat eine politische Konsolidierung etwas mit Dialog zu tun. Wir fragen uns, ob es sich nicht ein wenig beisst, wenn den Kommissionsmitgliedern einerseits eine Schweigepflicht auferlegt wird, andererseits aber formuliert ist, dass diese Kommissionen zur politischen Konsolidierung beitragen sollen.

Trotz den Fragezeichen erklären wir uns von der Antwort des Gemeinderats als befriedigt.

Casimir von Arx (Mitte-Fraktion): Aus Sicht der Mitte-Fraktion hat die BDP-Fraktion mit der Interpellation einige berechnete Fragen gestellt. In der Tat sind die beiden vom Gemeinderat eingesetzten so genannt nichtständigen Kommissionen ein etwas merkwürdiges Konstrukt. Merkwürdig ist nicht der Umstand, dass der Gemeinderat eine Partizipationsplattform für Vereine, Verbände, Leiste und Einzelpersonen anbietet, weil ein regelmässiger Austausch mit der Bevölkerung sicher nicht falsch ist. Der Gemeinderat sollte jedoch stichhaltig begründen können, wieso die anderen Instrumente, namentlich das Mitwirkungsverfahren oder auch das Parlament – in welchem sämtliche Ortsteile vertreten sind –, dafür nicht genügen. Merkwürdig sind hingegen die Arbeitsmodalitäten, namentlich die Schweigepflicht der Mitglieder. Gibt es einen Grund, wieso der Austausch mit der Bevölkerung, die in diesem Gremium vertreten ist, streng vertraulich ist?

Wie sollen die Kommissionsmitglieder mit ihren Vereinen Rücksprache halten können und als Anlaufstelle für die Bevölkerung dienen, wenn sie der Schweigepflicht unterstehen? Wir haben etwas den Eindruck, dass sich der Gemeinderat bei Frage 6 mit dem Hinweis auf das Mitwirkungsverfahren um eine Antwort gedrückt hat.

Merkwürdig ist auch die Zusammensetzung. Der Gemeinderat legt in seiner Antwort zwar Wert darauf, dass die Kommissionen nicht einfach rein parteipolitisch zusammengesetzt sein sollen. Interessanterweise sind aber in der Kommission Wangental exakt die vier bisherigen Gemeindeparteien vertreten. Nach einer Begründung dafür sucht man in der Antwort des Gemeinderats vergeblich. Das ist etwas heikel, weil die beiden Kommissionen explizit die Aufgabe der „politischen Konsolidierung“ haben. Merkwürdig ist zu guter Letzt auch die Bezeichnung „nichtständige Kommission“. Hand aufs Herz: Das Begleiten von Planungsaufgaben in den Bereichen Siedlung, Landschaft und Verkehr ist keine vorübergehende Aufgabe. De facto handelt es sich hier um zwei ständige Kommissionen und nächstes Jahr können diese ihr 10-jähriges Jubiläum feiern.

Die Antwort des Gemeinderats zeigt aus Sicht der Mitte-Fraktion deshalb auf, dass er hier nochmals über die Bücher gehen sollte.

Heidi Eberhard (FDP): Ich war der Meinung, dass die Interpellanten eine nichtständige Kommission für die obere Gemeinde wünschen. Die Frage ist nun, ob es eine solche geben wird. Im Februar fand mit den entsprechenden Ortsvereinen eine Informationsveranstaltung statt. Bis im April klärten die Teilnehmenden in ihren Vorständen ab, ob ein Bedürfnis nach einer Kommission obere Gemeinde besteht und welche Personen gemäss den Wählbarkeitsvoraussetzungen darin vertreten sein sollten. Die Aufgabenzuteilung ist bereits erwähnt worden. Ich frage den Gemeinderat an, ob in der oberen Gemeinde ein solches Bedürfnis besteht. Im Herbst 2015 wird der Gemeinderat über die Einsetzung entscheiden und es soll dann bereits eine erste Sitzung stattfinden. Richtig ist in unseren Augen, dass diese nichtständigen Kommissionen im Behördenverzeichnis aufgeführt sind.

Christoph Salzmann (SP): Zuerst Dank an den Gemeinderat, dass er mit seinen Antworten hier etwas Licht ins Dunkel bringt, auch wenn noch nicht die letzte Antwort gegeben ist. Ich persönlich bin der Meinung, dass dem Gemeinderat zugestanden werden muss, dass er Kommissionen, die er als nichtständig bezeichnet, bilden kann, um in den Dialog mit den Behörden zu treten. Es macht sicher Sinn, im Raum Liebfeld die Quartierorganisationen in einer solchen Kommission zusammenzufassen, damit er nicht dasselbe X-Mal besprechen muss, sondern dafür ein gemeinsames Gefäss vorhanden ist. Wie der Gemeinderat die Kommission zusammensetzen soll, muss er sich selber überlegen, weil sie die anderen Kanäle, die öffentliche Mitwirkung und die parlamentarische Debatte ergänzen, aber nicht ersetzen.

Selbstverständlich sollen die Protokolle dieser Kommissionen, welche Gesprächsbeiträge enthalten, vertraulich sein. Anders kann mit Beschlüssen oder Resultaten von Auseinandersetzungen umgegangen werden. Dort muss beachtet werden, ob das Öffentlichkeitsprinzip zum Tragen kommt.

Auf illegalem Weg habe ich ein Protokoll erhalten, das Anlass zur eingereichten Interpellation war. Die Zusammensetzung der Kommission Wangental löste bei mir grosses Erstaunen aus. Zu finden ist ein Mitglied unter der Bezeichnung GB (Grünes Bündnis). Dieses Mitglied war jedoch eine sehr engagierte SP-Frau im Parlament und präsidierte dieses sogar ein Jahr lang. Ausserdem ist ein Mitglied zu finden, das ich als SP-Präsident weder in der Mitgliederliste noch unter der Sympathisantenliste finde und ich mir nicht erklären kann, wie dieses in der Kommission Einsitz gefunden hat. Ich hörte Signale, dass diese Konstellation vor vielen Jahren zweckmässig gewesen war und offenbar keine Person aus dem Grünen Bündnis Einsitz nehmen konnte. Deshalb war Marlise Schörlin eingesprungen. Ich kann mir vorstellen, dass der Gemeinderat vielleicht die Zusammensetzungen der Kommissionen überprüfen könnte, ob die Zusammensetzungen jeweils up to date sind. Die politische Landschaft hat sich seit der Gründung der Kommission Wangental verändert, es gibt neue Parteien oder sie haben den Namen gewechselt. Ich habe das illegale Protokoll gelesen und festgestellt, wie engagiert sich die einzelnen Mitglieder eingebracht haben. Ich möchte jedoch mit meinem Votum nicht bewirken, dass dieses eine Mitglied, nur weil eine falsche Parteietikette vorhanden ist, ausgeschlossen wird,

Stephie Staub-Muheim (SP): Ich bin Mitglied der Kommission Köniz-Liebefeld und habe in dieser Einsitz als Mitglied des Buchsee-Leists. Die Zusammensetzung der Kommission Köniz-Liebefeld ist nicht politisch. Wir bringen die Anliegen der Quartierbewohnenden in die Kommission ein, wo Dinge, wie die Erstellung einer Sitzbank oder das Verbessern von Schulwegen besprochen werden. Solches politisch zu diskutieren, würde in meinen Augen den Rahmen sprengen. Bis jetzt bin ich der Meinung, dass die Kommission Köniz-Liebefeld sehr gut arbeitet. Alle betroffenen Ortsvereine kommen zusammen, tauschen sich aus und bei Mitwirkungsverfahren sind wir Mitglieder jeweils quasi als Katalysator in die Vereinsvorstände und haben zusammen mit ihnen ein Mitwirkungsverfahren erarbeitet und weitergereicht. Die Kommunikation mit der Gemeinde war jeweils klar. Die Frage ist, ob die Zusammensetzung wirklich politisch korrekt sein muss oder ob man sich auf die Ortsvereine beschränkt, mit denen man zusammenarbeiten möchte.

Gemeindepräsident Ueli Studer (SVP): Der Gemeinderat hat Ihnen vorgelegt, was zur Hand war. Die Einsetzung von Marlise Schörlin für das Grüne Bündnis war damals richtig. Das ist im Übrigen nicht ganz aussergewöhnlich, denn bei Wahlen von Schulkommmissionsmitgliedern vor einigen Jahren hatten hier und da Mitglieder anderer Parteien Einsitz für eine Partei, die kein Mitglied gefunden hatte. So hat z. B. Andres Probst, Präsident Ortsverein Schliern, Einsitz in der Kommission Köniz-Liebefeld.

Ich gebe Casimir von Arx in Bezug auf die Antwort zu Frage 6 Recht, sie ist etwas schwammig beantwortet. Ich konnte jedoch nicht anders vorgehen. In diesem Bereich ist eine gewisse Schwammigkeit vorhanden und der Gemeinderat wird hier über die Bücher gehen müssen.

Zur Vertraulichkeit der Protokolle: Auch das wird vom Gemeinderat geprüft. Zurzeit ist jedoch gemäss Art. 7 Gemeindeordnung geregelt, dass die Protokolle nicht öffentlich sind. Sie alle wissen aber, wie viel von Sitzungen – sofern es sich nicht um Namen oder Persönliches handelt – weitergegeben werden kann. Hier soll der gesunde Menschenverstand zum Tragen kommen. Die Befürchtung von Christoph Salzmann, dass nun Personen aus Kommissionen aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit ausgeschlossen werden, ist unbegründet.

Parlamentspräsident Bernhard Zaugg: Anlässlich der letzten Sitzung rügte ich Casimir von Arx, weil er eine Frage zu einer Interpellation gestellt hat. Heute stellte Heidi Eberhard eine Frage zu einem Textteil der Antwort des Gemeinderats. Will der Gemeinderat darauf eingehen?

Gemeindepräsident Ueli Studer (SVP): Die Gespräche haben stattgefunden, wie in der Antwort aufgeführt. Ob die Einsetzung wirklich Ende 2015 realisiert sein wird und ob dies für alle gewollt ist, ist noch nicht ganz klar. Der Gemeinderat möchte diesen Weg gehen.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als befriedigt.

8. Verschiedenes

Folgende Vorstösse sind eingereicht worden:

1515 Postulat (SP Köniz) „Ausgabenkosten einsparen statt Dienstleistungen abbauen“

1516 Interpellation (SP) „Police Bern – und jetzt?“

Jan Remund (Grüne): ich lade Sie alle nach der Parlamentssitzung zu einem Abschiedstrunk an der Bar unten ein. (*Applaus*)

Mathias Rickli (Grüne): An der Könizstrasse werden in diesem Sommer ab dem Bahnübergang bis zum Neuhausplatz Leitungen saniert und die Strasse ist nur einspurig befahrbar. Hier mein Votum zur Förderung des Radverkehrs: ich bitte den Gemeinderat bei den Zuständigen des Kantons darauf hinzuwirken, dass nicht so getan werden soll als gebe es keine Radfahrenden. Ich bitte darum, die Radfahrenden auf dieser Strecke durchfahren zu lassen, denn im Einbahnverkehr ist genug Platz für den Gegenverkehr von Radfahrenden vorhanden. Ich sehe nicht ein, weshalb das nicht von Anfang an realisiert werden konnte.

Andreas Lanz (BDP): Am Wochenende vom 13./14. Juni führte die Westside Band einen Anlass im Mehrzweckgebäude Oberwangen durch. Ich selber habe nicht teilgenommen. Es wurde mir jedoch zugetragen, dass nicht korrekt parkierende Autos gebüsst worden sind, was geradezu zu einer Bussenflut führte.

Wir fragen uns, ob es wirklich richtig ist, wenn Besuchende von Vereinsanlässen mit solchen Aktionen geradezu verscheucht werden. Viele Vereine decken mit Einnahmen aus solchen Anlässen einen grossen Teil der Auslagen ihrer Aktivitäten. Wenn die Besuchenden nicht mehr kommen, weil zu wenig oder keine Parkplätze vorhanden sind, stehen den Vereinen immer weniger Mittel zur Verfügung. Ich möchte mit meinem Votum den Gemeinderat für diese Zusammenhänge sensibilisieren. Vermutlich – so hoffe ich – hatten falsch Parkierende am Tour-de-Suisse-Wochenende mehr Glück. Wenn schon beim Tour-de-Suisse-Anlass das eine oder andere Auge zugeedrückt worden ist, könnte dies bei Vereinsanlässen ebenso der Fall sein.

Heinz Nacht (SVP): Ich danke der Gemeinde für das coole Tour-de-Suisse-Wochenende. Hier kam in meinen Augen erstmals der Leuchtturm Velostadt Köniz hervor. Alle von Klein bis Gross hatten ihren Spass an den verschiedenen Ständen, Radparcours, usw. Ich danke jenen Angestellten der Gemeindeverwaltung Köniz, die dies mit ihrem grossen Einsatz schlussendlich möglich gemacht haben.

Heute ärgerte ich mich sehr über die Baustelle Muhlernstrasse des Kantons beim Kreisel Schloss Köniz. Der Kanton hat hier wirklich „den Vogel abgeschossen“. Von Schliern nach Köniz stand man eine dreiviertel Stunde lang im Stau, weil alle drei Spuren jeweils viertelstundenweise gesperrt worden sind. Weder der Bus noch die Radfahrenden kamen vorwärts. Wir haben zwar schriftliche Informationen über die Sanierung der Muhlernstrasse erhalten und sogar eine Telefonnummer. Das Telefon ist jedoch nicht bedient, es wird weder abgenommen noch ruft jemand zurück.

Ich bitte die Gemeinde, darauf zu reagieren.

Philippe Guéra (BDP): Ich bin gebeten worden, dem Gemeinderat eine Frage zu einem kürzlich erschienenen BZ-Artikel zu stellen, wonach die Tramplanung bekanntlich die drei Gemeinden Ostermundigen, Bern und Köniz total 30 Millionen Franken kostete und der Anteil der Gemeinde Ostermundigen 1,465 Millionen Franken beträgt. Nun liege eine Abrechnung vor, aufgrund derer die Gemeinde 2'000 Franken nachzubezahlen habe. Meine Frage: Ist für die Gemeinde Köniz auch eine solche Abrechnung vorhanden und wenn ja, wie sieht sie aus?

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Die Gemeinde Köniz hat keinen solchen Nachkredit erhalten.

Stephie Staub-Muheim (SP): Ich hoffe Sie haben das Quiz ausgefüllt. Die Antworten zu den Fragen:

Wie viele Abstimmungscouverts sind verschickt worden? Es sind 27'758.

Wie viele Abstimmungscouverts sind zurückgesandt worden? Es sind 11'781.

Wie viele Abstimmungslokale gibt es in der Gemeinde Köniz? Es sind 5.

Wie viele Personen haben am Sonntag bei der letzten Abstimmung ihre Stimmzettel persönlich in den Wahllokalen abgegeben? Es waren 700.

Wie viele Personen werden bei den kommenden National- und Ständeratswahlen am Wahlwochenende vom 18.10.2015 insgesamt im Einsatz sein? Es werden 400 Personen sein.

Wer vier oder gar fünf richtige Antworten hat, kann bei mir etwas Kleines abholen kommen. Für die Angestellten der Gemeindeverwaltung habe ich hier eine Schachtel Chocolat-Branches, die als Dank an die Verwaltung in der Cafeteria aufgestellt werden können.

Parlamentspräsident Bernhard Zaugg: Sie haben am 8. Juni eine E-Mail betreffend Agglomerationskommission erhalten, die am 12. August stattfinden wird. Anmeldungen können bis zum 6. Juli an Verena Remund abgegeben werden.

Eine Information des Parlamentsbüros: Wir diskutieren über das papierlose Büro. Zurzeit erhalten fünf Mitglieder auf ihren Wunsch hin die Parlamentsunterlagen nicht mehr in Papierform.

Im Namen des Parlaments

Bernhard Zaugg
Parlamentspräsident

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament